

Die „Volksmacht“
erscheint wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Grabenstraße 118,
und durch Kolportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich **Wfr. 3.50**,
pro Bogen 20 Pf.
Durch die Post bezogen **Wfr. 3.50**,
frei und Haus **Wfr. 3.92**,
wo keine Post am Orte **Wfr. 3.34**.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abdruckverbot
Betrugs für die unzulässige
Gebrauch über deren Namen
25 Pfennige
für Anzeigen, Inserate und
Veranstaltungen 1 Pfennig
15 Pfennige
Anstaltliche Inserate 35 Pf.
Interate für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 84.

Breslau, Sonnabend, den 8. April 1911

22. Jahrgang

Der Kampf um Heydebrands Burg.

Im Zentrum der ostpreussischen Latifundien, wo die Herrensitze der Markgrafen, Hochberg, Gafsfeld, Wilamowitz, Heydebrand in ununterbrochener Folge sich ablösen, sollte am Mittwoch Abend eine **Sauptischlacht** für die konservative Partei geschlagen werden. Man hatte sich aus Berlin den „Generalsekretär“ Kunze, einen der gerissensten Manager der konservativen Partei, der schon in Marienburg-Schopau und Labiau-Mehlan h. K. Radzeifer abgeben hatte, dessen aber den Reintzeifer machte, nach **Mittwoch** geholt und alles war für einen großen Tag vorbereitet. Im Bureau der Versammlung, für die das feudale Lokal ausgesucht war, saßen Herr von Salisch, Graf Hochberg und Bürgermeister Sperlich; auf vier Fußstapeln hatte die Herrschaft Wirschowitz ihre Gutsverwalter, Oberförster, Wildmeister, Segemister, landwirtschaftlichen Beamten hergeschafft und rings im Kreise waren die „gnädigen Herren“ diesem Beispiel gefolgt. Die weitergebildeten Gestalten hatten schon die reichliche Hälfte des Saales gefüllt, als Militärs Bürgergesellschaft anrückte, und kurz nach 8 Uhr waren Winkel, Gänge und Nebenräume so gefüllt, daß die polizeiliche Abspernung erfolgen mußte.

Am schlechtesten passte zu dem teils bodenständigen, urwüchsigen, teils proletarisch arbeitenden Milieu der schauibühnenden, imitiert eleganten Herr Kunze, mit seinem tänzelnden Spech, der in der Versammlung die gerissensten Demagogentricks anwandte, um den natürlichen Widerwillen der Redlichen im Publikum gegen seine gelehrte Art zu überwinden. Liberaltismus in Kapitalismus, was der Kapitalismus ist das freilich die Ost preussischen Volkstörper, sagt Herr Kunze, der **Konservative Mann!** Wie die Rechte im Kaputismus, so freffen die Kapitalisten die ehrliche deutsche Arbeit. Seht den reichlichen Ausschickel Bassermann, seht den Bankdirektor Weber, seht den Industriellenindustrius Strömann, die mit den Ausbeutern und Unterdrückten des Mittelstandes familiär sind, was haben sie mit dem arbeitenden deutschen Landwirt und Handwerker zu tun, sagt der **Konservative Herr Kunze**. Ihr, die Ihr bei der Petroleumlampe sitzt, Ihr Sandwerker, und die Petroleumsteuer dazu bezahlt, Ihr wütht, Reichthum und Wohlleben entneht und zertritt ein Volk, das predigte der begabte Sekretär der schlesischen Adelsfamilien, die bis zum Halbe im Geld und Land sitzen! Einem Sozialdemokraten konnte das Herz im Weibe lachen. Besonders wenn er diese im Munde eines **Konservativen** doch recht ordinäre, weil so unwahre Hehe mit der Frage krönte, daß das Volk von den Liberalen und Sozialdemokraten gegen die Reichen geheht werde! Den anwesenden nationalliberalen Gegenkandidaten **Schmidt als** apostrophierte Kunze in unfaier Weise, indem er, der begabte Agitator der Konservativen, den Landwirt nach dem Verdict nicht aus seinen Reden traute! Der Chor der mitgebrachten Abhängigen spendete lebhaften Beifall, schon leuchteten sich geschmeichelt nach drei Seiten.

Die Diskussion eröffnete Herr **Schmidt als**. Schon nach wenigen Sätzen, als er fragte, ob denn die hochmüthigen adligen Herrschaften ihren Bedarf beim Militärischen Mittelstande oder in den Berliner Kaufhäusern decken, wuchs die Zustimmung zu einem orkanartigen Beifallssturm. Jetzt hatte die zweite Hälfte des Saales das Wort, die hintere, wo die Zuhörer nicht bezaunt ausgetrocknet waren, sondern sich lebend Kopf an Kopf drängten. Sie begleiteten **Schmidt als** Zwanzig Minuten Antwort von Satz zu Satz mit lebhaftem Applaus.

Was hatten sich eine Anzahl Militärischer Bürger schriftlich nach Dresden: gewandt, und um Entsendung eines sozialdemokratischen Redners gebeten, der den Volksausplünderern einmal recht die Wahrheit sagen möchte, da für unsere Partei insolge Lokalabstimmung in der ganzen Stadt kein Versammlungsort zu haben ist. Dem Rufe war Genosse **Löbe** gefolgt, der von den Brüdern am Vorabend nicht gerade herzlich willkommen geheißen wurde, aber angeführt der Zusammenkunft der Versammlung doch zu Worte gelassen werden mußte. Er kennzeichnete zuerst den „deutschen Mut“ der Konservativen, und hinterläßt die Lokale abzurufen, und die Lokalpreise zu terrorisieren. Herr **Heydebrand** feierte er ironisch als den verdienstvollsten Werber neuer sozialdemokratischer Wählermassen, und als die Versammlung das mit langem Beifall begrüßte, hat er im Interesse der kurzen Redezeit im Einfluge dieser Kundgebungen. Dann aber nahm er sich den konservativen Herrn **Kunze** vor, zeigte, was es mit der Kapitalistenherrschaft auf sich habe, ließ die Welterverderber der Krupp, Fried von Nürnberg, Kandel von Donnersdorf, West, Pleß, Valesström, Schafgösch, Turt und Tarkis usw. aufmarschieren, deren Träuer selbst der konservativen und Liberalen Partei angehören, und durch die Jahrzehntelange konservativen Politik immer reicher und reicher geworden sind. Sie machen den Mittelstand tot, sie erbauen Warenhäuser, sie drücken sich vor der Erbschaftsteuer und lassen den kleinen Beamten, den Kleinbauern, den Handwerkern immer neue Laster auf. Unter großer Aufmerksamkeit waren die ananzig Minuten viel zu schnell verfloßen, und als Löbe mit einem **Wieder** mit Heydebrand, hoch der sozialdemokratischen Kandidat **Mäcker!** schloß, da beoant ein kurzes, aber witziges Ringen zwischen den hundertstimmigen „**Kaus!**“ und „**Wai!**“, was im Vordergrunde losblähte, und dem herzhafte Beifall, der aus dem Hintergrunde heraus den erlaunten Versammlungsflechtern entgegen scholl.

Als dritter Gegner nahm Herr **Vödemmeister** **Wante!** das Wort, um aus seiner Erfahrung heraus die Bauernfreundschaft der Konservativen praktisch zu beleuchten. Auch ihm wurde Zustimmung zuteil.

Leider gestattete die letzte Eisenbahnverbindung uns nur noch eine Viertelstunde die Schlufrede anzuhören, mit der Herr **Kunze** sich aus dem Dilemma herauszuwinden suchte, in das ihn seine eigene Rede gebracht hatte. Am Donnerstag Abend aber tobt die Schlacht im Schloßhause weiter, allmo die Nationalliberalen mit Wachhorst de Wente eine Gegenversammlung einberufen haben.

Ueber eine zweite Versammlung des Herrn Kunze geht uns folgender Bericht zu:

Im Kreise Heydebrands geht es in dieser Woche besonders lebhaft zu. Nachdem der Kandidat des Bauernbundes, Herr **Schmidt als**, bereits den ganzen Kreis umgedreht, betreiben die Heydebrandleute nun eine geradezu verzweifelte Gegenwehr. Nicht weniger als zwölf Versammlungen haben sie für diese Woche angekündigt. Die erste fand Montag Abend in Freyhan statt. In dem konservativen Generalsekretär **Kunze** aus Verflu hatte man eine der ersten Kräfte, die den Junkern zur Verfügung stehen, als Redner herangeholt. Aber auch er ließe nur eine geringe Zugkraft aus. In dem großen, von anderen Bauernordnern umlagerten Freyhan, wo kürzlich erst Genosse **Schmidt** in einer von mehr als dreihundert Personen besuchten sozialdemokratischen Versammlung sprechen konnte, hielten sich zu der konservativen Versammlung nur etwa 60 Personen einfinden. Der Redner wandte alle seine Bemühungen an, um die Erhöhenen zu überzeugen, daß die Konservativen und der Landwirtebund nicht bauern- und mittelstandsfreundlich sei; die Stimmung in der Versammlung blieb eine gedrückte, und nur vereinzelte Bravo-Rufe erschollen am Schlusse seiner Rede. In der Diskussion ergriff Genosse **Darf** aus Breslau das Wort und trat mit dem Junkertum scharf ins Gericht. Beifall konnte er in der Versammlung nicht finden, denn sie fand in einem hochloftierten Lokale statt und keiner unserer Genossen aus der Gegend nahm daran teil. Aber was in konservativen Versammlungen wohl noch nie gahewesen ist, wurde freilich. Die Erhöhenen hörten die Ausführungen unseres Redners mit der gleichen Ruhe an, wie die des Referenten. Nur vom Honorarrentenher ericholl unwilliges Gemurre, als unser Redner die traurige Lage der Landarbeiter schilderte, deren Löhne trotz der hohen Gewinne der Großgrundbesitzer aus den Züßen ganz unzulänglich geblieben seien. Und als unser Genosse dann das Lokal verließ, gab es an der Tür ein paar Sänderrücke von kleinen Leuten, die neben die Herren zu gehen nicht getraut hatten. „Das war ihnen ganz recht, daß sie es ihnen so aelaat haben: es wird schon noch anders kommen“, erklärten die kleinen Leute, die hoffentlich das nächste Mal ihren Weg auch in die sozialdemokratische Versammlung finden werden.

Die Zahl der Versammlungen im Kreise, die in dieser Woche tagen, hat sich inzwischen auf 18 erhöht, 12 konservativ und 6 nationalliberal. Die Sozialdemokratie wird auch hier die Ernte einheimfen.

Politische Uebersicht.

Das Ultimatum der Junker.

Die Konservativen des preussischen Herrenhauses wollen dem Reichskanzler die Treue halten, aber unter einer Bedingung. Der Verfassungsentwurf für Elsaß-Lothringen muß in den Urtext wandern.

Herr v. **Wedel-Plesdorf** hat das in der Herrenhaus-Sitzung vom letzten Mittwoch klar ausgesprochen. Elsaß-Lothringen darf keine Verfassung bekommen, das preussische Herrenhaus erlaubt es nicht! Da sind die drei Bundesratsstimmen — eine Demütigung Preußens, da ist das allgemeine, gleiche Wahlrecht, das „den Tatsachen nicht entspricht“. Das allgemeine, gleiche Wahlrecht, Herr von **Wedel-Plesdorf** spricht das schreckliche Wort, als ob es ihm nicht aus der Kehle wölte, und das hohe Haus schüttelt sich in kaltem Grauen. Das allgemeine Wahlrecht, die Demokratie, die Stimme des Redners hebt und den Hörern sträuben sich die Haare. Soll es so weit kommen — nimmermehr! Die Edlen dulden es nicht. Und sie jubeln und patschen in die Krisistokratenhändchen, wie ihr Wortführer schleift, über der **Wische** des reichsländischen Verfassungsentwurfs wollten die Konservativen dem Reichskanzler wieder die Freundeshand reichen.

Die Konservativen, die im Abgeordnetenhaus den Verfassungsentwurf über die Reichsbrandnung ablehnen, fordern jetzt selbst vom Reichskanzler ein Brandopfer zur Veröhnung ihres Junkerzornes. Herr v. **Bethmann-Hollweg** weiß jetzt wenigstens genau, was er zu erwarten hat, und die Elsaß-Lothringer wissen es auch. Der Reichskanzler und die verbündeten Regierten werden es, wie bei der blau-schwarzen Reichsfinanzreform, mit **Placibus**, dem edlen Feldherrn halten, der tapferer als der Adwenfeger, sich selbst bezwang. Die Reichskändler aber werden den Kampf um ihr gutes Recht auf breiterer Basis wieder aufnehmen, in dem Bewußtsein, daß der Weg zu einem freien Elsaß-Lothringen nur über ein freies Preußen führt.

Was aber bleibt dem Reichstag zu tun übrig? Der Reichstag, der der Kontrolle des allgemeinen, gleichen Wahlrechts untersteht, darf sich nicht zum Werkzeug herrenhauserlicher Willkür erniedrigen. Er muß jetzt, so weit es auf ihn ankommt, Elsaß-Lothringen zu geben versuchen, was die Elsaß-Lothringer selbst wollen, und darf dann die Verantwortung für das Scheitern des Verfassungsentwurfs ruhig der preussischen Regierung überlassen. Es wäre ebenso aussichtslos wie unwürdig, sich jetzt noch auf faule Kompromisse einzulassen, und vor dem Machgebod der Stadtpreußen auch nur einen Schritt zurückzuziehen. Das gilt für die Stellung des Stützalters, für die Struktur der Bundesratsstimmen, für die Erste Kammer — das gilt aber auch ganz besonders für das **Wahlrecht** zur **zweiten Kammer**, das nach den Beschlüssen der Reichstagskommission von den Auswüchsen des Pluralstimmrechts und der Wohnsitzkaufel befreit werden soll. Es wäre ein europäischer Standa, wenn das **Kennam** des Reichstags diese Beschlüsse widerrufen und das **Wahlrecht** nach den Wünschen der **Manteuffel**, **Witbach** und **Wedel** gestaltem wollte!

Angesichts des gefährlichen Treibens der Herrenhäuser und der geheimnisvollen Anführungen des Grafen **Witbach** gilt für die deutsche Volksvertretung erst recht der Satz, der an dieser Stelle schon so oft ausgesprochen worden ist: Der Reichstag darf kein Wahlrecht machen, das schlechter ist als sein eigenes. Wenn Worte wie Demütigung, Selbsterniedrigung, Selbstberleugnung, die in der Debatte über den Elsaß-Lothringischen Verfassungsentwurf so oft gebraucht worden sind, am Platze sind, dann gelten sie sicherlich für einen Reichstag, der das Wahlrecht eines Einzelstaates mit Pluralrecht und Wohnsitzkaufeln belasten würde. Und wo die Reichstagswähler überhaupt auch nur zu Anfängen der politischen Erkenntnis erwacht sind, da würden sie einen Abgeordneten, der sich zu einem solchen Akt erniedrigte, mit Schimpf und Schande davonjagen.

Die Heizerzulagen.

In der letzten Sitzung vor den Osterferien sind im Reichstag die sozialdemokratischen Voranschreitlichen Anträge auf Wiedereinstellung der gestrichenen 300.000 Mk. für Heizerzulagen in namentlicher Abstimmung mit 164 gegen 116 Stimmen angenommen worden; zwei Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Geschlossen für die Weitergewährung der Heizerzulagen stimmten die Sozialdemokraten, Fortschrittler und Nationalliberalen. Das Zentrum hatte eine Anzahl in der christlichen Arbeiterbewegung tätiger Abgeordneter abkommandiert, die, um den arbeiterfreundlichen Schein zu retten, für die Anträge stimmten mühten, das Gros des Zentrums stimmte ebenso wie Konservativ und Reichsparteiler gegen die Heizerzulagen. Es dürfte interessieren, die Abgeordneten kennen zu lernen, die den Heizern die hartverdienten Zulagen verweigern wollten.

Gegen die Zulagen stimmten:

Konservativ: Arnstadt, Moosalla v. Dieberstein, v. Polko, v. Vornin, v. Brockhausen, v. Pyren, Dietrich, Fürst zu Dohna-Schloditten, Dr. Tröcher, Feldmann, Olivier, Dollschke, Dufnagel, Graf Kanik, v. Kröcher, Walkemih, v. Walkahn, Menck, v. Michaelis, Niederlöcher, v. Normann, v. Oldenburg, Pernio, Hans Edder zu Butth, v. Rauber, v. Richterhofen, Ritter, Rother, Siebenbürger, Sielermann, v. Standig, v. Treuenfels, Graf Westarp, Winkler, v. Winterfeldt-Mensin, Roschke, Rupp, Graf Schwerin-Löwin.

Von den Konservativen stimmten für die Heizerzulagen nur: Dr. Eise, Rehbel, Schidert, Dr. Ragner-Sachsen und Will-Strop.

Reichspartei dagegen: Urendt, Bauermeister, Dr. Brumferrmann, v. Camp, Fürst Gafsfeld, v. Lieber, Köcher, Kautl-Oberbarnim, Schüller, Witt. — Der Stimme enthalten hat sich von der Reichspartei Dr. Kolbe.

Von den reichsparteilichen **Hospitalanten** stimmten gegen die Zulagen: Langerfeld, Raud; dafür Litz und enthalten hat sich v. Dergin.

Zentrum dagegen: Baumann, Beck-Michael, Dr. Belzer, Engelen, Erzberger, Euler, Febrnbad, Dr. Fleischer, Frank-Rathor, v. Freyberg, Gerstenberger, Glowacki, Gühring, Häusler, Hauier, Holzappel, Horn-Neiffe, Durrich, Dr. Jaac, Rathhof, Rlose, Kohl, Krebs, Lehemeier, Dr. Lender, Lejer, Dr. Marcour, Maner-Parctischen, Müller-Julda, Maden, Graf Dwyerborff, Rautschger, Graf Brauchma, Renner, v. Saviagn, Dr. Schaedler, Scheibed, Schneider, Schüller, Schwarz-Lippstadt, Sit, Peter Spahn, Sock, Stamm, Stend, Strzoda, Dr. Thaler, v. Thünefeld, Vonderheer, Wallenborn, Wellstein, Zehner.

Vom Zentrum stimmten für die Zulagen: Birkenmayer, Duffner, Dr. Fakhender, Dr. Ferrers, Frizen-Klose, Giesbertz, Damecher, Deroid, Marz, Dr. Pfeiffer, Dr. Pieper, Schiffer, Schürmer, Sittart, v. Strombeck, Stupp, Trimbom, Wedeberg, Will-Strasburg und Am Zehnhoß.

Volen dagegen: Brandts, Czarlinski, Grabski, Jankowski, Kulski, Drlowski, Morawski, Njertzraj, Nowicki, Jantaworjanski, Söh-Naworski, Wat-a-Plög, die anderen Polen schielten. Endlich stimmten gegen die Zulage die **Wälder**: Pilper und Lehmann-Jena.

Dies sei zum guten Andenken für die Wähler mitgeteilt und bis zur nächsten Wahlkampagne nicht vergessen.

Hormann — der Hochdienftbote.

Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete für die Freie Stadt Bremen, Herr **Johann** **Hormann**, bereitete am Montag seinen Fraktionsgenossen und dem ganzen Reichstage eine peinliche Ueberrachung, indem er als Verteidiger der preussischen Polizei debütierte, und zwar in einem Falle, in welchem sowohl für den Klienten als auch für den Verteidiger alles andere als Ehre zu holen war: Man kennt das berühmte Reiseabenteuer jener österreichischen Staatsbürger, die, auf der Fahrt nach London begriffen, in der preukischen Grenzstation von Polizeibeamten angehalten, ihrer Passchalt beraubt und zwangsweise nach Passau an die österreichische Grenze zurückbeordert wurden. Genosse **David** hatte in der Sitzung des Reichstags vom letzten Freitag diesen standalösen Vorfall unter starker Bewegung des ganzen Hauses vortragen und war am Montag wegen der ananzig unzulässigen Antwort, die ihm der überhebliche Herr v. **Riberten-Wächter** hatte zuteil werden lassen, auf die Sache zurückgekommen. Sowohl der Redner der fortschrittlichen Volkspartei, Herr **Dove**, als auch der Wortführer der Rechten, Herr **Urendt**, stimmten in der Hauptsache dem sozialdemokratischen Redner zu. Es ergab sich so der seltene Fall, daß im ganzen Hause in der Beurteilung der preussischen Polizeipraxis volle Einstimmigkeit herrschte. Nur Herr **Hormann** fand zu allseiner Erstaunen, daß alles richtig und

In Ordnung sei, denn der Ueberfall auf die durchreisenden Oesterreicher sei auf Grund einer preussischen Verordnung erfolgt, er entspreche also den Gelezen.

Alles war klar über diese Logik des Fortschrittmannes, aber die Spannung löste sich in verständnisvoller Gekerkeltheit auf, als Oesterreicher Scheidemann eine erneute Abrechnung Davids mit dem bremischen Volksvertreter durch den Zwischenruf unterbrach: „Es tut ihm schon Lloyd!“ Mit diesem Zwischenruf ist in der Tat der Schlüssel zum Verständnis der eigenartigen Situation gegeben, in der sich der glänzend isolierte Herr Hormann befindet. Jene Oesterreicher waren ja deshalb mißhandelt und geschädigt worden, weil sie sich nicht zwingen lassen wollten, die Route über Bremen zu nehmen und eine Fahrkarte beim Norddeutschen Lloyd zu nehmen. Hätte es sich nur um die preussische Polizei gehandelt, da hätte Herr Hormann vielleicht seinen Mann gestellt, aber weil es um den Profit des Norddeutschen Lloyd ging, stellte er seine Prinzipien in die Tasche und verwandelte sich aus einem strammen Oppositionsmann zu einem preussischen Polizeikommissar, an dem alle Jagows und Dallwige ihre helle Freude haben müssen.

Alles in allem, es war ein peinlicher Fall, und so natürlich gleichgültig uns auch Herr Hormann ist und so wenig es unere Abicht ist, seiner Fraktion, die von seinem Verhalten offenbar selbst peinlich berührt war, aus dieser Angelegenheit einen Strich zu drehen, so muß doch gesagt werden: Hormann gehört nach seinem Auftreten am Montag nicht in den deutschen Reichstag.

Unbekannte „Ladenhüter“. Die Feststellung, daß Herr Dr. Veitel, der Leiter der „Deutschen Tageszeitung“, vor einigen Jahren in seinem Blatt ganz energisch für die Erbschaftsteuer eingetreten ist, ist dem begeisterten Verehrer der Prügellitratse durchaus unangenehm. „Mit allen Ladenhütern haufieren gehen“ — das ist die Antwort, die die „Deutsche Tageszeitung“ auf die ihr peinliche Reminiscenz gibt. Außerdem behauptet sie, es habe sich damals um eine rein akademische Erörterung gehandelt, und zudem habe man dabei auch nur Millionenverhältnissen im Auge gehabt. Die „Deutsche Tageszeitung“ fährt dann fort:

Aus dem ganzen Zusammenhange der Darlegungen müßte jedem klar werden, daß hier nur die Millionenverhältnisse gemeint waren, die in Geld oder Sachwert bestehen. Wenn es möglich wäre, die Geldverhältnisse anders zu behandeln, als den Immobilien Besitz, so wäre für eine rein akademische Erörterung der damals von der „Deutschen Tageszeitung“ hingeworfene Gedanke erwidernswert. Wir überlegen uns aber sehr bald, daß eine solche Scheidung undurchführbar sei. Deshalb haben wir uns, sobald die Frage der Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Enkelkinder auf wurde, mit voller Entschiedenheit gegen diese Ausdehnung erklärt und diesen unseren Standpunkt niemals preisgegeben.

Das letztere stimmt; von dem Moment an, wo die Agrarier entdeckten, daß die Erbschaftsteuer auch auf sie Anwendung finden kann, hat die „Deutsche Tageszeitung“ auf diese von ihr zuerst empfohlene Steuer nach Kräften losgeschlagen. Hätte man eine Bestimmung in das Gesetz hineinschreiben können, wonach Erbschaften jeder Art steuerfrei bleiben, sobald Agrarier dabei beteiligt sind, dann hätten sich die junkerlichen Schnapphähne und mit ihnen die „Deutsche Tageszeitung“ mächtig für diese Steuer ins Zeug gelegt.

Der Professor und die Konservativen.

Die Konservativen üben sich aneinander schon in dem Ton, den sie bei den Wahlen angeschlossen gedenken. Der liberale Professor Schulze-Gövernitz hat sich bekanntlich in seiner Kandidatenrede in Freiburg für die Blochpolitik ausgesprochen. In Meier Rede hat er auch sonst einige Äußerungen getan, die die Konservativen als „Korrespondenz“ wild gemacht haben. Schulze-Gövernitz sagte:

„Ich bin überzeugt, wenn wir in Noabit geweint wären und den Rücken versagen bekommen hätten, wir wären auch Sozialdemokraten geworden und wahrscheinlich keine Revolutionisten, sondern Radikale. Durch die Unterdrückungspolitik wird einmal der Sozialdemokratismus immer wieder der linke revolutionäre Flügel geschlagen; es wird verhängen, daß die Sozialdemokratie sich allmählich entwickelt zur Mitarbeit in sozialen und später vielleicht auch einmal in nationalen Dingen. Gerade die Liberalisierung

Preußens ist es, welche erforderlich ist, wenn wir auch der Sozialdemokratie gegenüber das gleiche Recht für alle hauptsächlich in unserem Vaterlande zur Anwendung bringen wollen.“

Diese Bemerkungen beantwortet die „Konservative Korrespondenz“ in der Nummer vom 4. April mit folgendem Rohheitsausbruch: „Der Herr Professor, dessen Ausführungen nach Ton und Inhalt ebensogut ein einfältiger Schuljunge gemacht haben könnte, macht sich als „Barrikadenkämpfer“ höchst lächerlich. Jedenfalls ist er über die „Theorien des Sozialismus“ noch nicht bei seinem Studium hinausgekommen. Die ersehnte „Müdenverkalkung“ in Noabit hätte ihm allerdings ein Kolleg über: „Einführung in die praktische Sozialdemokratie“ erspart. Aber vielleicht bezieht er sich an der „Maifeier“, Raustsch löst ihn dann sicherlich avancieren.“

Selbst die Sauberdeution kultivieren die Konservativen! Reminiscenzen aus der Block-Zera. Zur Geschichte der Reichsfinanzreform wird der „Täglichen Rundschau“ aus München eine Mitteilung gemacht, die des Interesses nicht entbehrt:

Nachdem hat Fürst Bülow die Absicht, dem Bloch-Reichstag als erste Aufgabe die Reichsfinanzreform zu übergeben, ließ sich schließlich aber doch überreden, es nicht zu tun, da diese Probe denn doch zu gewagt sei. Die Finanzreform wurde dann verschoben mit der Begründung, daß sie noch nicht fertiggestellt sei, in Wirklichkeit aber befand sie sich schon fertig wohlverwahrt in den Schubfächern. Als dann die schwarz-blaue Finanzreform zustande kam, der Bloch zertrümmert wurde und Fürst Bülow gehen mußte, bedauerte er, an seiner ersten Idee nicht festgehalten zu haben.“

Diese Reminiscenz hat eine gewisse Wahrheitsähnlichkeit für sich. Fürst Bülow hat nämlich ziemlich zu Beginn der Blochzeit eine Rede gehalten, in der er betonte, der Bloch müsse erst kleinere Aufgaben lösen, um dann, wenn er an das Zusammenarbeiten gewöhnt sei, auch einer stärkeren Belastungsprobe unterworfen werden zu können. Die Steuervorlagen waren damals in ihren Einzelheiten allerdings noch nicht bekannt. Daß die Steuervorlagen die stärkste Belastungsprobe waren, weiß man heute, dieser Belastung war der Bloch nicht gewachsen.

Zur reichsständischen Verfassungsreform. Zur Verfassungsreform ist dem elsass-lothringischen Landesausschuß folgender Antrag zuzurechnen, der die Unterchrift von 87 Abgeordneten trägt: Die Regierung zu eruchen, bei den Verhandlungen über die Verfassungsreform dafür einzutreten, daß durch Gesetz als Wahlkreis für die Wahl der Mitglieder des künftigen Landtages die bestehenden politischen Verwaltungskreise zu gelten haben und daß jeder Wähler berechtigt sei, so viel Abgeordnete zu wählen, als solche auf einen Wahlkreis entfallen.“

Die Freisinnigen als Vorkämpfer. In Königsberg ist Reichstagsabgeordneter Gyllina wiederum von den Freisinnigen als Kandidat für die nächste Wahl aufgestellt worden. Bei der Wahl im Jahre 1907 wurde er mit Hilfe der Nationalliberalen, Konservativen und des Zentrums gewählt. Herr Gyllina hofft, daß ihn auch diesmal die Konservativen unterstützen werden. Er hat in der Versammlung ausgesprochen:

„Ich hoffe bestimmt, daß die Konservativen auch bei der nächsten Wahl für uns eintreten; denn ich habe das Vertrauen zu den konservativen Wählern, den Wählern unserer Stadt, daß sie den Kampf gegen die Sozialdemokratie ernst nehmen. Es fällt mir nicht ein, um die Stimmen irgend einer Partei zu buhlen (!) weder der Konservativen noch des Zentrums. Das würde dem Reinen unserer Partei ganz und gar nicht entsprechen. Aber ich vertraue auf den gelunden Sinn unserer Bevölkerung, daß sie uns in dem schwereren Ernste des kommenden politischen Kampfes nicht verlassen wird, zumal da ein großer Teil der Konservativen den Staat durchaus nicht in solche Bahnen lenken will, wie es Herr v. Heydebrand mit seinem Anhang anstrebt.“

Die mutigen Königsberger Freisinnigen eröffnen also den Wahlkampf mit einem Votum zu den Konservativen. Sie werden damit glänzend hinfallen!

Preussische Schulpolitik. Herr v. Heydebrand, Preussens „ungekronter König“, hat vor einigen Tagen das Verdienst der Konservativen um die Bekämpfung der Volksschulwesen ganz besonders betont. Welche Resultate diese verdienstliche Arbeit der Konservativen gezeitigt hat, das zeigt ein Bericht über eine Schule in der Nähe von Gydshagen, den die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht. Nachstehend eine kleine Probe aus dem Bericht:

Als der Lehrer die Stelle erhielt, waren die Bänke so zerbrochen, daß die Kinder während des Unterrichts die Lische halten mußten; denn die Füße waren bereits so altersschwach, daß sie abbrechen und die verformten Enden stetig abbedeckten. So die Sitze quer durchgebrochen waren, waren anfangs Bretter, die von anderen Bänken losgegangen waren, zum Eigen hinübergelegt. Stand ein Junge auf, so machten die an eten eine große „Kutschpartie“. Durch das Ende der Bretter wurden in der anliegenden Wand große Löcher aus-

geschauert. Diese Zustände wurden dadurch beseitigt, leere Bierfässer als Sitzgelegenheit in Gebrauch genommen wurden.“

Die Wohnungen der Lehrer spotten natürlich aller Beschreibung. Aber das ist so eine Schule, wie die Junger sie wünschen, hier ist die Gewähr dafür gegeben, daß die Kinder nicht so viel lernen, um später mit ihrer Lage unzufrieden zu sein.

Auf der Steuerfische in Hamburg. Der Hamburger Bürgerschaft ging am Mittwoch der Bericht einer gemeindlichen Kommission (Mitglieder des Senats und der Bürgerschaft) über in dem Antrage auf, 7.000.000 Mark neue Steuern einzuführen. Unter den vorgeschlagenen zehn neuen Steuern ist eine Umsatzsteuer für Konsumvereine, die jährlich 150.000 Mark bringen soll, ferner eine Vergnügungssteuer, deren Ertrag auf 1.500.000 Mark geschätzt wird. Ausschließlich wird der Kampf um die Vorherrschaft der Steuerauskommission ein sehr lebhafter werden, da die verschiedenartigen Interessen miteinander streiten. Wahrscheinlich werden die bürgerlichen Fraktionen sich ziemlich geschlossen die Konsumvereinststeuer erklären, weniger des Ertrages wegen als weil der vielumworbene „Mittelstand“ eine Schädigung bei den großen Arbeiterkonsumvereinen will und am liebsten Erbschaftssteuer einführt läßt.

Zur Reichstagskandidatur des Grafen Posadowski. Der frühere Staatssekretär Graf Posadowski, der nach Wladimir eine nationale Reichstagskandidatur in Chemnitz angenommen haben sollte, erklärte einem Mitarbeiter des „V.“ Er habe gegenüber dieser Anfrage daselbst zu erklären früher, nämlich daß er, wenn in einem Kreise alle bürgerlichen Parteien auf ihn als Kandidaten sich einigten, für seine parteipolitische Pflicht halten würde, die Kandidatur zu übernehmen. Er möchte sich persönlich nicht an der Wahl beteiligen; dadurch aber, daß in Chemnitz verschiedene bürgerliche Kandidaturen aufgetaucht sind, sei die Chemnitz Reichstagskandidatur hinfällig.

Mit einem Kandidaten, der sich persönlich nicht an Wahlkandidatur beteiligen will, können die bürgerlichen Parteien nicht viel anfangen, erst recht nicht in einem industriellen Kreis, wo es naturgemäß nicht vergessen sein kann, daß Posadowski der Urheber des Ruchhausgesetzes war, und daß die Schatzmacher um 12.000 Mk. angegangen hat, um die Wahl für dieses Gesetz betreiben lassen zu können.

Die evangelische Gemeine. Vier evangelische Geistliche Grob-Berlin, die trotz eines Verbothes, das vom Konsistorium 1898 erlassen worden war, in einer Versammlung sprachen, die die Forderung der Einberufung des Konsistoriums betrafen, sind zur amtlichen Vernehmung vor das Konsistorium geladen worden. — Warlich die evangelische Orthodoxie über den Anti-Modernismus entwirrt, ist wirklich nicht zu verstehen, sie selber treibt es kein Paar besser.

Dr. Heims Freund. Das „Barische Vaterland“, zu dem Mitbestimmern auch der Abg. Dr. Heim gehört, teilt mit, daß der Heber der Angriffe der Berliner Zentrumskräfte gegen Dr. Heim der Reichstagsabgeordnete Dr. Jäger. Das Blatt der Weiler an, Dr. Jäger habe im Auftrag des Zentrumskreis handelt und die übrigen Mitglieder des Zentrums seien von dem Urheber der Angriffe bis jetzt noch garnicht informiert.

Neues Fleisch in München. Infolge des Fleischverbot für französische Ochsen ist es in München zu einer außerordentlichen Verköstigung der Fleischsteuer gekommen. Am Mittwoch sind am Münchener Markt die Preise für beste Maloch um 8 Mk. für den Zentner Lebensgewicht gestiegen. Die Fleischer der großen Fleischhalle haben die Preise ebenfalls sofort erhöht und zwar für das Wohl Normalfleisch von 80 Pf. auf 1 Pf. und für besseres Ochsenfleisch auf 1,10 Mk. Auch die Straßfleischer, die Ochsenfleisch führen, bereiten für die nächsten Tagen erheblichen Preisausschlag vor.

Verkauf der „Vossischen Zeitung“. Wie die „Berliner Neueste Nachr.“ hören, ist die „Vossische Zeitung“ an die Frankfurter Bankhaus Speyer, Gillen u. C. verkauft worden. Als Kaufpreis wurde an der Börse Summe von 7 1/2 Millionen Mark genannt.

Spionageprozess. In dem Spionageprozess gegen den Mechaniker Ludwig Koch wurde nach neunstündiger Verhandlung das Urteil verkündet. Es lautet wegen Urkundenfälschung verurtheilt schweren Diebstahls und versuchten Betrags mit tätlicher Geweihe auf insgesamt 2 Jahre 9 Monate Zuchthaus. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden dem Angeklagten auf die Dauer von fünf Jahren abgeprochen, auch wurde die Zulässigkeit zur Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt. Koch sich seit dem 2. Oktober in Untersuchungshaft befindet, wurde ihm drei Monate auf die Strafe angerechnet.

Verhaftung gegen das Meyer Urteil. Wie die „Eilenburger Volkszeitung“ mitteilt, haben die beiden Angeklagten Schneider und Nicolai gegen das über sie verhängte Urteil Prozeß wegen der „Coronate Sportive“ Berufung eingelegt.

Der gerichtlich geschädigte Bruhn. Aufseherreger Strafen wurden von dem Berliner Schöffengericht über eine Anzahl von bürgerlichen Redakteuren verhängt, die wegen Verleumdung des Abgeordneten Wilhelm Bruhn verklagt waren.

Fliegender Sommer.

Erzählung aus dem Dänischen von Hubertien-Rege. (Kochbuch verboten.)

Hinter diesen stillen Wägen aber sah ein anderes, das nicht selbstverständlich war, sondern tief verborgen — und im Grunde für zwei so kleine Mädchen fast zu groß und unhandlich schien. Es war unhandlich, wie die Gespenster und das noch wie ein Zauberwort der unheimlichen Gegenwart angedeutet; es war das Beste, das man hätte tun können, was einer Wohlgebildeten nicht abging, in weiten Bogen auszuweichen und sie lieber zur Seite zu gehen, wenn das Beste ihnen an der Stelle lag. Unmögliches hatten dazu beigetragen, diese verheißene Entdeckung zu machen, die sich nicht auf Erfahrungen des Geschehen stützte, sondern gleichsam über ihrer Welt zu stehen schien und schon das Kind bejahte, die Menschheit in ihrer ganzen Tiefe zu umfassen. Bis auf den Grund des Herzes, auf welchen die Epine lausend lag. Seit sie trüben konnte, waren sie auf ihrer Zeit gewesen und hatten Streichen wie Klänge von einem Her mit genau dem gleichen abgewinkelten Rhythmus empfunden; und lange hatten sie es hinanzugucken gewagt — waren in einem geordneten und hatten aber doch über dem Reize auf der Gemeinlichkeit geirrt — bis das große Ungeheuer sie kitzelte. Nun plötzlich aber glühete sein Rachen über ihnen, unter dem wilden Lachen, daß sie über ihren Köpfen sah!

Roch und Peter aber ließen sich nicht so ohne weiteres hängen. Sie hatten ihr eigenes Leben, das ihnen sagte, es gehörte nicht zu ihrem Leben, daß man es plötzlich so alle habe, sie an den Engnissen der Gesellschaft weichen zu lassen. Beim ersten Reden waren sie aus, lagen wie zwei Jünger, die außerhalb der Hände geboren wurden, und man mußte die Mutter vorbringen, um sie zurückzubringen. Das gab ein festgesetztes Schicksal mit herausgehenden Fingern für sie, und welches Schicksal für die Mutter: lange Zeit mußte die Mutter Arbeit verrichten, um sie zur Erde zu befeuchten, die sie nicht erlösen — gewiß ihr Glück.

und dies war noch nicht alles. Sie, die von alledem, was die Erde jagte, kein Gegenständchen rechtmäßig zu fordern hatten, konnten, wenn sie wollten, ihre kleinen Seelen über alle Grenzen hinaus getrieben und in ein Verhältnis zu der Welt und zu Gott selbst bringen lassen, und es erdichte sich ihnen die glückliche Gelegenheit, sich die Begriffe von wahrem Menschentum anzueignen.

Aber sie legten kein besonderes Gewicht darauf. Bei alledem gab es immer weniger, um den Kopf zu füllen, und immer größeren Heißhunger, wenn sie nicht der Mutter alles angeschlossen leben wollten; und dies beschleunigte sie erkrankt, während sie gelangweilt die Großtaten der Menschheit mit erlebten, und mit der Spitze des Zeigefingers auf der Landkarte um die Erde riefen. Welch ganz anderes Abenteuerliche Reisen hatten sie gemacht — an noch finsternen Abenden, wenn die Hofleute los waren und nachdem der Frost jämmerlich in dem icken Rascheln des Hirs, über hohe Wälder hinweg auf die Rasenplätze — und noch schwieriger Expeditionen ganz hinein ins dunkle Feld, um ein paar Wiesen herbeizuschaffen, wenn die Mutter krank war! Das war ihr Gebotnis, in das jeder Mutter nicht eingeweiht war, und das sie ein für allemal an sich selbst wies — im Verhältnis zu dieser neuen Natur, die bestimmte, welche in jeder Minute über die Selbstschickung der Erde und der Welt stand, und es als die höchste Pflicht für arme Leute hinstellte, Hunger zu fressen.

Sie hatten ihre letzte extreme Auffassung von Lebensglück, auf die sie hatten und aus der sie bisher trotz allem einen Aufbruch gemacht hatten. Das irgend einem wunderbaren Prozeß erliegen sie wenig aus der Unverantwortlichkeit um sich her und setzen ihre künftigen Erfahrungen in einem etwas hartnäckigen Schwermut, der ganz mit den Gesetzen eines Nihilismus, das aber den Worten hatte, daß er ihnen selbst empfangen war — und daß sich mit ihm ließ.

ganze Wissenschaft, diese Erde mit dem größtmöglichen Frieden und ohne umständliches Gerenne wieder abzusehen. So hielt allerorten die Augen offen halten!

Der große wunderbare Apparat funktionierte hoffnungsvoll über ihren Köpfen hinweg; sie zogen mit einem unerwarteten Ernst, der wie Stumpfheit ausah, ihr trodenes Bitten dem Wohlgeruch sämtlicher Lebensgüter vor. Nein, hier in nichts zu machen; sie waren zwei geistig defekte Individuen, zwei arme Hinterlassen-Idioten, in welche man vergebens die Abganz aller Herrlichkeiten zu pfeifen suchte, der so recht da angelangt ist, den Geist des Armen dem großen Meerestrieb zu erschließen.

In endlichen Besitz dieser Erkenntnis konnten die Quäker schließlich von ihrem Denken ab, und so belläufig war die Sache eben jetzt. Es war kein Grund anzunehmen, daß sich je ändern würde, und die beiden Mädchen waren im weit dankbar dafür. Sie hatten nichts dagegen, was wenig zu gelten, als sie waren, stattdessen es die einzige Möglichkeit bot, sich gegen erneuerte Angriffe zu schützen. Nach wie vor betrachteten sie das Leben mit einem vorerflichen Gunst, nur vor der Schwelger einem kleinen Ueberdruß Platz machte, allerdings nur so lange, bis sie sich in den Vormitagsstunden geduldet hatten.

Es war auch heute nicht anders. Die Korallenblüte in die Schelbenwand zwischen den beiden Epinen; sie lauschten auf ihren Worten und rüschten dann vom Nüchternheit zu werden. Ohne ein Wort über das nun einmal Unabänderliche zu verlieren, schlossen sie die Lüre ab und legten den Schlüssel unter die Matte, nachdem die gewohnte Schlafentene an und gegeben sich langsam auf den Boden nach dem Unternehmlichen.

Als sie aber aus den höheren Arbeiterwohnungen oben im Erdgeschoss aufstiegen, gefühllos es dem Meineren, daß die verdorrte Richtung einschlug und sich in Salopp schick Peter wurde lange, und er setzte ihm energisch nach, um ihn auf den richtigen Weg zu bringen; kann aber hatte er die Kleineren eingeholt, als er schon vergessen hatte, warum er ihn nachgeholfen war. Schon sah die Richtung auch ihm im Blick. Da brachen Rand die Sonne, beschrieb ihre Bahn wie ein Flug nach allen Seiten und schob alle letzten Vorstellungen in die Welt und Experten. Alle Präge-Bildern verstanden die Welt zu geben, jeden aber matt wieder in sich zusammen; die morgige Tag lag so weit entfernt, daß er auf Wirklichkeit kein Anspruch erheben konnte. Da draußen über stante der Strandweg in welchem Stand und heissen Sonnenlicht, grabende in das Abenteuer liefen.

Der Redakteur des „Koburger Tageblattes“ vorweg und der Redakteur der „Eisenacher Tagespost“, Memeyer, wurde wegen Veröffentlichung eines beleidigenden Artikels während des noch schwebenden Brunnprozesses je 1000 M. Geldstrafe verurteilt. Der Redakteur Rätter vom „Zentralanzeiger“ in Naumburg wurde wegen eines als Artikel im Brunnprozess kritischeren Artikels zu 150 M. Geldstrafe verurteilt.

Ausland.

Der neue italienische Kanzler.

In der italienischen Kammer erklärte Ministerpräsident Giolitti am Donnerstag:

Die grundlegende Frage, die dem Parlament vorgelegt wird, ist die Reform des Wahlgesetzes. Angeht die Fortschritte, die das italienische Volk in den jüngsten Jahren der Freiheit gemacht hat, kann sich die Reform nicht auf einige wenige Abänderungen beschränken, sondern muß in grundsätzlicher Weise dem politischen Leben und der großen Strömung der öffentlichen Meinung Rechnung tragen. Ich werde beantragen, daß auch diejenigen wahlberechtigt sein sollen, die ihrer Militärpflicht genügt haben, und die, welche das 30. Lebensjahr erreicht haben. Ich werde Maßregeln vorschlagen, die den Willen der Wähler gegenüber Fälschung, Bestechung und Gewalttätigkeiten sicherstellen, ebenso gesetzliche Bestimmungen über Entschädigungen für die Deputierten, damit das Land Vertreter auch aus den weniger Bemittelten wählen kann. Dann kündigte der Ministerpräsident an, daß er die Monopolisierung der Lebensversicherung in den Vorstufen bringen werde, derart, daß alle aus der Lebensversicherung rührenden Einnahmen der Klasse für Alters- und Invaliditätsversorgung der Arbeiter überwiegen werden. Während demnach die sichere Garantie des Staatsanwands geben werde, die Vorzüge für die Zukunft in Form der Lebensversicherung zu vergrößern, würden die Versicherungsbeiträge der Arbeiter in Massen die Leistungen der Arbeitererschöpfung erhöhen. Die Lage unserer Finanzen, fuhr Giolitti fort, ist gut. Das Gleichgewicht des Budgets ist gesichert, aber eine Periode der Zurückhaltung in der Verneuerung der Ausgaben erscheint geboten, damit bedeutende finanzielle Reformen ermöglicht werden, die die Lage der kleineren Steuerzahler verbessern sollen.

Die Rettung unserer auswärtigen Politik, erklärte Giolitti, wird den traditionellen Weg einschlagen, den der absoluten Bündnistreue und größten Herzlichkeit in der Freundschaft mit allen Mächten. Sie wird dauernd an der Aufrechterhaltung des Friedens mitwirken.

Die militärische Politik ist der auswärtigen beigeordnet; Armee und Marine, das sichere Bollwerk nationaler Unabhängigkeit und Würde, sind daher die hauptsächlichste Garantie des Friedens. In den Beziehungen des Staates zur Kirche werden wir den Grundsatz weitestgehender Freiheit befolgen, das religiöse Gefühl schonen, und bei jeder Regierungsänderung entschlossen die Rechte unverändert erhalten, die sich aus der Souveränität des Väterstaates und der Beobachtung der Verträge ergeben. Giolitti kündigte sodann eine Reorganisierung der Mittelschulen an, denn bei dem immer beschleunigteren Fortschritt aller zivilisierten Nationen ist das Land, das stehen bleibt, dem Verfall bestimmt. Zum Schluß fragte er, ob das Programm des Ministeriums von der Kammer gebilligt werde, und ob das Kabinett auf das Vertrauen der Kammer zählen könne.

Die Ausführungen über die Wahlreform, die Entschädigung für die Abgeordneten und die Verstaatlichung der Versicherungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Der Papst und die Kerikale Partei Italiens. Das päpstliche Amtsblatt veröffentlicht die Statuten, die der Papst durch Vermittlung des Staatssekretärs dem Vorsitzenden des Wahlverbandes der italienischen Katholiken zur Weitergabe an die Ortsvereine zugesandt hat. Sehr wichtig darin ist die Aufgabe der bisher als Zeichen des Protestes gegen die Befestigung des Kirchenstaats aufrecht erhaltenen, übrigens schon seit längerer Zeit namentlich bei Gemeindevahlen durchbrochenen Grundrißes der Nichtbeteiligung an den Wahlen. Vielmehr wird ausdrücklich die Organisation der Wähler für die politischen Wahlen und die Kontrolle der von den Katholiken gewählten Abgeordneten gefordert: alles natürlich nach den Weisungen des Heiligen Stuhles. Denn ausdrücklich wird bestimmt, daß die Partei sich dieser Leitung zu unterwerfen habe. Also nicht einmal der Schein der Selbstständigkeit, dessen das deutsche Zentrum sich erfreut, soll diesen armen Kirchenklaven gelassen werden. Was sie natürlich auch nicht hindern wird, über die Unterdrückung der politischen Freiheit innerhalb der sozialistischen Organisationen Protestkriterien zu setzen. Übrigens kann, bei der Rückständigkeit großer Teile des Landes, trotz der im allgemeinen antikerlichen Stimmung des Volkes, eine straff organisierte Kerikale Partei bei Wahlen und im Parlament zeitweilig eine erhebliche Bedeutung gewinnen.

Die Marokko-Debatte in der französischen Kammer. In der weiteren Verhandlung über die Agogo-Songha-Gesellschaft entwickelte der sozialistische Abgeordnete Jaurès in launigen Ausführungen seine Auffassung über die Kolonialpolitik, über die Behandlung der Eingeborenen, über das Konjunktionswesen und die Ausbeutung von Monopolen, insbesondere die des Alkoholmonopols. Sodann kündigte er eine Reihe von Resolutionen an, die seine Auffassung zum Ausdruck bringen. Nach weiterer Debatte werden schließlich die Anträge Jaurès und damit die ganze Angelegenheit mit 343 gegen 46 Stimmen an die Budgetkommission verwiesen. Die Kammer erledigte dann das ganze Budget der Kolonien und gelangt nunmehr zum Finanzgesetz.

Zur belgischen Schulreform. In politischen Kreisen Österreichs verläutet, daß die Regierung beabsichtige, im Laufe der heutigen Kammerung das Schulgesetz zurückzuführen und daß gleichzeitig ein anderes abgeändertes Schulgesetz von katholischen Mitgliedern im Senate eingebracht werden soll. Durch diese Taktik hofft die Regierung, der Opposition der Linken Herr zu werden.

Gegen die Trank. Der demokratische Repräsentant Stanley hat im Kongress eine Resolution wieder eingebracht, die eine Untersuchung des Stahltranks, seiner wirtschaftlichen, finanziellen und besonders auch seiner Arbeiterpolitik verlangt. Die Resolution war in der vorigen Session unerledigt geblieben, diesmal erscheint ihre Annahme gesichert.

Ein hochgeachteter Beamter des Reichsrechts scheint im Wahlkampf des Senators Lorimer stark kompromittiert zu sein. Er soll 100.000 Dollar für die Beilegung von Angehörigen der Legislatur von Illinois aufgebracht haben.

Fortschritte der amerikanischen Partei. Seit dem 4. März erscheint „Times“, das älteste Blatt der sinnlichen Genossen in Hancock, Mass., als Tagesblatt. In achtzigjährigen Ringen hat es einen festen Stamm von 11.000 Abonnenten gewonnen, und man erwartet ein baldiges Steigen auf 15.000. Ein weiteres, auch in Massachusetts dreimal erscheinendes sinnliches Organ plant ebenfalls, statt dreimal wöchentlich täglich zu erscheinen. Der polnische und der litauische Section sind die Mittel zur Anstellung ständiger Redaktionen von der Parteileitung bewilligt worden.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Die Pfanntuchen des Herrn v. Kalkreuth.

Aus Niederschlesien schreibt man der „Freisinnigen Zeitung“:

Der Bund der Landwirte macht in Niederschlesien kräftige Anstrengungen, um seine zerbröckelten Organisationen für den bevorstehenden Wahlkampf aufzufrischen und zu stärken. Und das scheint sehr notwendig zu sein, denn die bestehenden Ortsgruppen sind fast überall merklich zusammengesunken oder vollständig in die Brüche gegangen, so daß vielfach nur noch der Hauptvertrauensmann in der Person des Herrn Rittergutsbesizers als Stütze übrig geblieben ist. Zahlreiche Wanderelemente entfallen in den einzelnen Wahlkreisen eine emigrierte Tätigkeit. Gewöhnlich werden etwa fünfzehn Veranlassungen auf einmal durch Auszug in den Gastwirtschaften bekannt gemacht und die Gastwirte ersucht, für Weiterverbreitung der Anknüpfungen in „ortsüblicher Weise“ Sorge zu tragen. Der Erfolg der Veranlassungen ist aber fast durchweg gleich Null. Höchst selten kommt es vor, daß einmal ein höchstens zwei Mitglieder gewonnen werden. Um wenigstens einen einigermaßen annehmbaren Besuch zu erzielen, werden namentlich die von den Gutsherrschaften abhängigen Personen, Gutsbeamte, Knechte, Arbeiter usw. zusammengetrieben und es wird auch sonst mit allerlei Mitteln, wie Freizeiten, Freizeigarren, Freizeinaps, nachgeholfen. Der Bund kann sich leisten, da die Gelder, wie man erfahren hat, aus dem Kalippopagandafonds reichlich fließen.

Die Praxis, mit Freizeiten zu arbeiten, ist beim Bund der Landwirte etwas Neues. Neu dürfte aber sein, daß man den Veranlassungsbesuchern, wie es in Arnsdorf (Kreis Glogau) im Adamischen Lokale geschah, auf Regiments-Uniformen Pfanntuchen vorsetzt, um Stimmgabe für den Bund der Landwirte zu erzeugen. Die Pfanntuchen waren, wie der in der Veranlassung anwesende fortgeschrittliche Parteisekretär Mielkeit aus Diegnitz feststellen konnte, durch den Baron v. Kalkreuth, der in Arnsdorf ein Gut besitzt, gestiftet worden.

Es muß doch durchaus nicht so rosig um die Bundesangelegenheit sein, wenn man zu derartigen Hilfsmitteln greifen muß. Was aber von den Rednern des „unpolitischen“ Bundes der Landwirte in den abgelegenen ländlichen Orten, wo sie keine Kontrolle durch Angehörige anderer Parteien zu fürchten haben, an Umwächtern und Einstellungen geleistet wird, übersteigt alle Grenzen. Vor allem wird tüchtig in Antisemitismus gemacht und auf den Freisinn als die Schutztruppe der Juden gewettert; der Hansabund und auch der Bauernbund sollen, so erzählte ein Herr Miesner aus Berlin den Leuten, freisinnige Gründungen sein. Der Hansabund habe fünf Millionen Mark für die Wohlagitation zur Verfügung gestellt, da könne der Bund der Landwirte schwer konkurrieren usw. usw. — Was soll da erst werden, wenn die Wahl unmittelbar bevorsteht?

Schmiedesberg i. N., 7. April. „Empor zum Licht“ — Staatsgefährlich. Die hiesige Polizei ist seit jeher eifrig im Kampfe gegen die moderne Arbeiterbewegung. Wegen Flugblattes beim Palenberverteiler ist im letzten Winter wiederholt mit Strafmandaten vorgegangen. In den meisten Fällen waren die Gerichte anderer Meinung und sprachen die „Sünder“ frei. Von den einfachen Handarbeitern, die durch Arbeiter in Schmiedesberg verteilt werden, läßt sich die Polizei erst ein Exemplar bringen und prüft mit strenger Miene ob auch der Drucker und Verleger richtig angegeben ist. Jetzt habe auch nur das Tispselchen über dem i, so wird es montiert. Hat man bis dato nur der sozialdemokratischen Partei die große Aufmerksamkeit geschenkt, so hat sich das jetzt insofern geändert, als daß man nunmehr auch gegen die Gewerkschaften die beliebte Nadelstichpolitik treibt. Von der hiesigen Zählstelle des Fabrikarbeiterverbandes wurde Mitte März zum 1. April ein Vergütigen angemeldet. Die Polizei erteilte hierzu mündlich die Genehmigung. Doch einige Tage später machte sie die wichtige „Entscheidung“, daß der Verband sozialdemokratische Tendenzen hegt und pflügt. Am 22. März landte sie dem Vertrauen, man des Verbandes folgendes Schreiben zu:

„Wir erlauben Sie hierdurch, uns den Text der theatralischen Vorstellung und gefangs- und deklamatorischen Vorträge zu dem am 1. April d. Js. im Gasthose „Zum goldenen Schlüssel“ stattfindenden Vergütigen der Zählstelle des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes hier selbst binnen 4 Tagen einzureichen. Es hat sich bei der am Samstag, den 19. d. Mts. stattgefundenen öffentlichen Versammlung herausgestellt, daß der Verband die sozialdemokratischen Tendenzen hegt und pflügt.“

Eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, Verletzungen des Vaterlandsgedankens und somit öffentliches Vergehen zu verhindern, ist unsere Aufgabe und her Zweck dieser Auflage. Sollten Sie in obengenannter Frist unserer Aufforderung nicht nachkommen, könnten Sie Gefahr laufen, die Genehmigung zur Abhaltung des Vergütigen im gedachten Sinne nicht zu erhalten. Die Ihnen vorläufig erteilte mündliche Zulassung hat eine Rechtsverbindlichkeit nicht.“

Es ist einladend verständlich, wie die Polizei zu der Annahme kommt, daß durch ein Vergütigen der Fabrikarbeiter die öffentliche Ordnung gefährdet und das Vaterlandsgedankens verletzt werden könnte. Die zahlenden Patrioten brauchen doch nicht hinzugehen, die hat niemand eingeladen.

Der Veranlasser des Vergütigen hat die Anordnung der Polizei erfüllt und das Geforderte eingereicht. Am 27. März erhielt er dann von der Polizei die Mitteilung, daß die Ausführung des lebenden Bildes „Empor zum Licht“ nicht gestattet wird, weil diese bildlichen Darstellungen geeignet sind, Unzufriedenheit und Klassenhaß zu erzeugen und dadurch eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und öffentliches Vergehen zu bewirken.

Dieses harnlose lebende Bild ist schon ungezählte Male auf Arbeiterfesten aufgeführt worden, ohne daß es jemanden eingeleitet wäre, es zu unterlagen. Der Schmiedesberger Polizei blieb es vorbehalten, darin etwas „Staatsgefährliches“ zu entdecken. Mit einem verschimmelten Gesetzparagrafen aus dem Jahre 1850 (!) begründet sie ihr Verbot.

Die Nichtabholung dieser Verfügung zieht die Festsetzung einer Geldstrafe von 60 Mark oder einer Woche Haft gegen jeden der einzelnen Vorstandsmitglieder nach sich, heißt es in diesem, vom Bürgermeister Kleinert selbst unterzeichneten Schriftstück. Das ist originell, denn der Verbandsvorstand befindet sich in Hannover, während in Schmiedesberg nur ein Vertrauensmann ist. Daß die Arme der Schmiedesberger Polizei so lang sind, um die Vorstandsmitglieder in Hannover lassen zu können, glaubt sie doch wohl selbst nicht.

Das Ganze ist weiter nichts als eine Kleinigkeit. Die Erzeugung von Unzufriedenheit und Klassenhaß überlassen die Proletarier anderen Leuten. Wenn Klassenhaß und Unzufriedenheit erzeugt wird, so geschieht dies von der herrschenden Klasse einschließlich der Polizei; auf Arbeiterfesten braucht dafür nicht gesorgt zu werden. Doch wie überall, so wird auch hier die Polizei das Gegenteil von dem erreichen, was sie gern erreichen möchte. Das Verhalten der Polizei werden die Arbeiter am besten damit beantworten, wenn sie unermüdet für die „Kollektive“ für Partei und Gewerkschaften agitieren.

Ostern, 7. April. Der „Ostländer“ wird besser. Eine Tabakpflanzersammlung beschäftigt sich mit der Frage des Tabakbaues im Ostpreussischen Kreis. Die früheren Tabakproduzenten konnten sich nicht als marktfähig halten; nach verschiedenen Versuchen sind bessere Ernten erzielt worden. Die gegenwärtigen Waren stellen ein gutes Produkt dar und werden von den Konsumenten gern gekauft. Die Tabakbaufrage ist in 1/3

Morgen im Kreise Lpiau gemessen. Durch den Tabakbau wird im Durchschnitt folgender Ertrag erzielt: Im Jahre 1908 337 Mt., 1909 296 Mt. und 1910 329 Mt. pro Morgen. Die vorjährige Tabakernte war weniger günstig. Etwa seit 100 Jahren wird im Kreise Oplau Tabak angebaut.

Ostern, 7. April. Schiffbrand. Seit Mittwoch Nacht 12 Uhr brennt oberhalb der Schleuse bei Januschowitz, km 105, das mit 700 Festmetern Stammholz beladene eiserne Schiff des Schiffseigners Paul Kluge aus Rottwitz. Trotdem bald drei Dampfer mit ihren Feuerspritzen in Tätigkeit traten, mußte noch die Koseler Dampfmaschine zu den Arbeiten herangezogen werden. Schiff und Ladung sind durch Versicherung gedeckt. Beim etwaigen Sinken des Fahrzeuges in Grund wird ein Schiffsrückführdienst voraussichtlich nicht eintreten. Andere Fahrzeuge oder Dampfschiffe sind durch das brennende Schiff nicht gefährdet, da es isoliert liegt. Abtreibende Holzgerode werden von Mannschaften der Strombauverwaltung aufgefunden und festgelegt, damit dieselben das Wehr nicht beschädigen.

Girschberg, 7. April. Von den Toten soll man nur Gutes reden. Zum Selbstmord des Stadtverordneten Vorstehers Altman, dem Mitinhaber der Papierfabrik Erfurt und Altman, dem vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung besonders ehrenvolle Nachrufe gewidmet werden, in denen man verspricht, das Andenken Altmanns in „hohen Ehren“ zu halten, schreibt man uns, daß bei dem finanziellen Zusammenbruch eine große Anzahl von Leuten ihre gesamte Habe verloren haben. Unter diesen befinden sich auch mehrere kleine Poltschleifer, die durch den Selbstmord Altmanns selbst dem Ruin nahe sind. Ja, von den Toten soll man nur Gutes reden.

Hiesig, 7. April. Strenge Bestrafung eines Verleumders. Der Schneidergeselle Rudolf Boanar, jetzt in Breslau, ein Tische, war im vorigen Jahre in einem hiesigen größeren Geschäft beschäftigt und verfolgte die dabeistellte Stellung befindlichen jungen Mädchen mit unsittlichen Untertönen; eine, die sich seinen Wünschen nicht willfährig zeigte, verfolgte er mit besonderem Hass und trieb schließlich das Mädchen bei der Behörde wegen unsittlichen Lebenswandels an. Der Spieß wurde aber umgedreht und nicht gegen das Mädchen, sondern gegen den Willing, der sich inzwischen aus dem Staube gemacht, Untane wegen verleumderischer Beleidigung und wissenschaftlicher Anschuldigung erhoben. Nach einer unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefundenen Verhandlung erfolgte jetzt seine Verurteilung zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis. Die Strafe ist zwar reichlich hoch, aber in Anbetracht der Gemeinheit des Beurteilten durchaus zu verurteilen.

Glogau, 7. April. Ein Liebesdrama. Wegen verurteilten Mordes hatte sich der Arbeiter Wilhelm Hande aus Sagau vor dem Schwurgericht zu verantworten. Der Angeklagte ist in Pinnerdorf bei Sagau geboren, 37 Jahre alt, verheiratet und Vater von sechs Kindern. Bei einem Vergütigen in Wallmuth lernte der Angeklagte die vermittelte Formersfrau Friele kennen. Diese verstand es, S. dermaßen zu fesseln, daß er seine Arbeitsstelle in Sagau aufgab und in Wallmuth Arbeit nahm. Frau Friele unterhielt aber zwischenzeitlich auch mit anderen Männern noch nähere Beziehungen. Dies erregte die Eifersucht Handes. Es kam wiederholt zu Szenen, und am 12. Januar gab er zwei Schüsse auf die Frau ab, die aber die Frau nur an einem Arm verletzten. Nun gab S. zwei Schüsse auf sich ab, ohne sich zu verletzen. Die Geschworenen verurteilten die Fragen nach vorläufiger Lösung, dagegen wurde die Frage wegen körperlicher Mißhandlung mittels einer Waffe bejaht. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis.

Wingzig, 7. April. Wieder einer. Auf dem Gutshofe Klein-Peterwitz wurde ein Mann verhaftet, der verdächtig ist, der Bombener Raubmörder zu sein. Er wurde gefesselt dem Amtsgerichtsgefängnis in Wingzig zugeführt. — Nach einigen Tagen erfolgt wieder das prompte Dementi: „Es war der Falsche!“

Bunzlau, 7. April. Niederschlesiens Schulfelnd. In Siegersdorf müssen zwei Lehrer 208 Volksschüler unterrichten. — Kulturaufgaben leben bekanntlich in Preußen nicht.

Briefkasten

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12—1 Uhr Mittags.

F. St. Die Mutter hat nicht nötig, für ihre verheiratete Tochter Schulden zu bezahlen. Ein Interat in der Zeitung wonach die Mutter für die Tochter nichts zahlt, ist überflüssig.

G. P. 100. Der Hauswirt ist nicht berechtigt, Ihnen den Besuch der Schwiegermutter in seinem Hause zu verbieten.

Nuttenbach 10. Die Steuern werden nach dem Einkommen des letzten Steuerjahres berechnet. Die Lohnnachweisung muß also über die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1910 lauten.

V. W. Bettlern. Was Sie an Steuern zu zahlen haben, können wir Ihnen nicht sagen, da Sie nicht anreden, wie hoch Ihr Jahresverdienst ist. Schreiben Sie uns die Einkünfte, die Sie von der Steuerbehörde bekommen haben.

F. R. Laurahütte. Anonyme Anfragen beantworten wir nicht.

D. Königshütte. O. Stiebler in Breslau 1, Zwingerstraße 5.

S. Glogau. 1. Ein Soldat, der in die zweite Klasse verlegt wurde, muß später militärische Übungen ableisten, wenn er nicht mit der Verlegung gleichzeitig aus dem Heere ausgeschloffen wurde. 2. Es muß eine Anzeige wegen Körperverletzung gemacht werden. Das Gericht dürfte auf Gefängnis erkennen.

15. T. Gottesberg. In Ihrer Stellung bei dem Holzkaufmann waren Sie gewerblicher Arbeiter und hatten, da nichts besonderes verabredet war, eine 14 tägige Kündigungsfrist. Für die Wohnung besteht eine monatliche Kündigung, so daß Sie erst am 1. Mai auszuziehen brauchen. Am besten ist es sich in Güte zu einigen.

G. P. 100. 1. Nein, haben Sie den Offenbarungseid am 21. März 1911 geleistet, so haben Sie nicht nötig, ihn am 6. April 1911 schon wieder zu leisten, es sei denn, daß Sie inzwischen zu Vermögen gekommen sind. 2. Wegen der Kosten, die Ihre Frau zu zahlen hat, dürfen Sie nicht gefandnet werden. 3. Gerichtskosten verfahren in 4 Jahren. 4. Auch die Kosten, die der gegnerischen Partei zu erstatten sind, verfahren in 4 Jahren.

F. Bunzlau. 1. Wer Invalidentenrente bekommt, hat keine Marken zu leben. 2. Etwa 200 Mt.

G. P. 101. Calzbrunn. Wir empfehlen, sich nicht zu weigern, sondern für und Treppen wie bisher zu reinigen. Eine Rechnung, die Ihnen der Wirt schicken will, brauchen Sie nicht anzunehmen. bitten Sie den Amtsrichter, daß er in der Sache vermittelte.

G. P. 1000. Arbeiter-Sekretariat Breslau 1, Nikolaistraße 18/19.

A. M. 99. Uns ist davon nichts bekannt.

F. Friedland. 1. Der Auslandspost wird von der Polizei ausgeführt. 2. Ja. Das erfahren Sie bei der Polizei. 3. Das Führungsergebnis müssen Sie von der Polizeibehörde des Wohnortes verlangen. 4. Dematsberechtigt sind Sie dort, wo Sie zuletzt ein Jahr gewohnt haben. 5. Ja.

G. Wehrburgerstraße. Was Ihnen gelagt wurde, ist richtig.

Redaktionsrat: Redaktion: Wehrburgerstraße 1. — Druck: bei O. G. G. — Postamt: Wehrburgerstraße 1. — Postfach: 1000. — Preis: 10 Pf. —

Geschäfts-Eröffnung!

Sonnabend, den 8. April, nachmittags 4 Uhr

eröffnen wir Fürstenstrasse Nr. 2, Ecke Brigittental, ein

1848

Kaufhaus modernsten Stils.

Spezialgeschäft für

Kurzwaren, Weiss- u. Wollwaren, Blusen, Kostümröcke.

Von Sonnabend, den 8. ds. Mts., bis Dienstag, den 11. ds. Mts.

Eröffnungs-Geschenke.

Kaufhaus Adler, Fürstenstrasse 2.

(Ecke Brigittental)

Achtung! Parteinossen, Gewerkschaftler. Achtung!

Das Remittententum ist eingetroffen, das ich
Wendendstraße 33 eine
Schuhmacherei, Mak- und Reparaturwerkstatt
 einrichten habe, und bitte mich bei Bedarf günstig zu unterstützen.
R. Gottwald, Schuhmacher.

Zur Frühjahrs- und Sommer-Saison

ausführt mich zur
 Herstellung eleganter Herren-Garderobe nach Maß
 von teils bis zum höchsten Grade.
 Lager moderner und prächtiger Stoffe.

V. Liepelt Schneidermeister **Breslau X**
 Bischofstr. 21

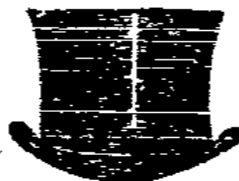
Lager fertiger Herren- und Knaben-Garderoben
 aus den besten Stoffen und guter Arbeit.
 Besterlicher, Dresden, Boden, Marco-Unterzeuge, Chemisette, Stragen,
 Seidenschuhe, Polenträger, Taschenmacher u.

Uhren, Ketten, Ringe

Wendebänder, Goldschmied, verleiht diese
Lehmann Altbühnenstraße 17.

Hut-Nanke

Inh.: Joh. Tessler
 Friedrich-Wilhelmstr. 23.



Hüte, nur gute, reelle
 Qualitäten, für
 Herren und Knaben.

Neueste Formen in
Strohüten, engl. Mützen
 zu billigsten Preisen.

**Herren- und
 Knaben-Garderobe**

in größter Auswahl 1388
 zu billigsten Preisen bei
Wilhelm Knauerhase,
 nur Kupferschmiede-Strasse
 Vorzeiger 5 1/2 Rabatt. 16.

Gute, gediegene neue u. wenig gebrauchte

Möbel

Bettlücke u. Matratze u. Kissen 25 Mk.
 Schrank 24 Mk. Büchertisch 35 Mk.
 Eichen- u. Buchbaum-Einrichtun-
 gen 200 Mk. an. - Kataloge gratis.
 Befreiung ohne Kaufpreis erwünscht.
 Alles spottbillig. Zeitzahl. gepasst.

Max Giesel
 Brüderstraße 5, ptr. u. 1.

Strohüte
 für Damen, Herren u. Kinder
 Strohhut

billigst in der Fabrik
Freund & Krebs 150
 Neue Graupenstr. Nr. 11, Hof.



Hut-Niederlage
Felix Eckert, Kupferschmiede-
 strasse Nr. 10
 empfiehlt vorzügliche Qualitäten zu
 einem billigen Preise. Ein Versuch
 führt zu dauernder Kundenschaft.
 Reparaturen billigst.

Hamburger

Schuhwaren-Haus

Gräbschenerstrasse 38.

Grösste Auswahl in 1899

Herren-, Damen- u. Kinderstiefeln.

Reelle Bedienung. Billige Preise.

August Heyne
 Rohrtabakhandlung 1085
 Breslau, Karls-Strasse Nr. 27.

„Der wahre Jakob“
 Sozialdemokratisches Wochenschrift. - Seit 10 J.
 Durch die Expedition und Kolporteurs zu beziehen.

**Uhren,
 Ketten, Ringe,
 Broschen, Ohrringe etc.**

nur gutes Fabrikat zu billigen Preisen.
 Bitte auf alte Firma

MAX Frenzel, 39 Friedrich-
 Wilhelmstr. 39

zu achten.
 39 Filialen unterhalte ich nicht. 39

Deutsch-Amerik. Schuhwaren

Wir haben ständige billige Tage,
 denn unsere Preise sind sehr klein
 und trotzdem haben unsere Stiefel -
 Schöcke Form und halten fest. -
 Wer einmal von uns kauft, besorgt es,
 erzählt es nun in seinem Kreis.
 Die Stiefel kauft ich mir im Nussbaum
 zu einem selten billigen Preis.

Wir haben eine riesige Auswahl
 und verkaufen in unseren Ge-
 schäften

20 Schmiedebücke 20
 (im Nussbaum),
41 Gräbschener Str. 41
 (Ecke Friedrichstrasse)
 zu

enorm billigen Preisen

Elegante braune Herrenstiefel 675
 mit und ohne Lackkappe 11.50, 12.50, 13.50 und

Elegante schwarze Herrenstiefel 590
 mit und ohne Lackkappe 11.50, 12.50, 13.50 und

Dauerhafte Herren-Zug- u. Schnürstiefel 425
 festes Wickleder 8.50, 9.50 und

Feinste braune Damenstiefel 675
 mit und ohne Lackkappe . 10.50, 11.50, 12.50 und

Feinste schwarze Damenstiefel 465
 mit und ohne Lackkappe . 10.50, 11.50, 12.50 und

Braune und schwarze Damen-Halbschuhe,
 Spangenschuhe, Sandalen, Turnschuhe.
 Ein Paar 98 Pf.

Zeug-Promenadenschuhe . 1.75, 1.25 und 98 Pf.

Original Goodyearwelt-Stiefel
 modernste Formen und Farben

Für Herren: 1190
 Für Damen: 1090

**Knaben-Stiefel, Mädchen-Stiefel, Kinder-
 Stiefel, Jubaturschuhe, Bräutelschuhe.**

Eine Frau weiß, wie wir sie bringen, findet man
 nur in den schönsten Fällen.

Für jeden Fuss den passenden Schuh.

Deutsch-Amerik. Schuhwaren

20 Schmiedebücke 20, im Nussbaum,
 41 Gräbschenerstrasse 41, Ecke Friedrichstrasse.
 Man sollte bitte genau auf unsere Firma!

1 Tropfen Geolin
 putzt blitz-blank jedes
Metall u. Glas
 Chemische Fabrik Düsseldorf A.-E.
 Düsseldorf

Hut-Niederlage
Felix Eckert, Kupferschmiede-
 strasse Nr. 10
 empfiehlt vorzügliche Qualitäten zu
 einem billigen Preise. Ein Versuch
 führt zu dauernder Kundenschaft.
 Reparaturen billigst.

Für jeden Stand, für jeden Beruf, für jeden Zweck
 finden Sie bei mir das geeignete Rad

Original-Orkan-Räder
 sind die beliebtesten und vornehmsten Marken

5 Jahr Garantie

Hauptkatalog, 180 Seiten stark, an jeden Interessenten umsonst und portofrei.

Weit über **25 000 Orkan-Fahrräder** sind zur grössten Zufriedenheit
 meiner Abnehmer in Gebrauch.

: Konkurrenz-Fahrräder :
 kompl. mit Pneumatik von 45 Mk. an

Original-Orkan-Fahrräder
 schon von 60 Mk. an

Grösste Auswahl in Ersatz- und Zubehörteilen.

Fast zu jeder existierenden Marke passende Ersatzteile an meinem Lager.
 Hinterrad mit Freilaufnabe und Rücktrittbremse 10.50 und 12.50 Mk. 1885

Orkan-Fahrräder, Fahrradteile-Fabrik
Bernhard Wedler, Breslau VIII, Klosterstrasse 15.
 Hauptgeschäft
 Filialen: Klosterstrasse 30/32 und Altes Rathausplatz 20 Ecke Ring.

1. Beilage zu Nr. 84 der „Volkswacht“.

Samstag, den 8. April 1911.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 7. April.

Geschichtskalender.

8. April.

1867 Der Naturforscher Adolf Rehm starb.

Achtung, Frauen!

Heute Freitag Abend

Vortrag des Herrn Dr. Weigert im Gewerkschaftshaus:

Wie erhalten wir unsere Säuglinge gesund?

Eintritt frei! Zahlreicher Besuch des Vortrags ist erwünscht.
Der Bildungsausschuß.

Stadtverordneten-Versammlung.

Am gestrigen Donnerstag konnte die Beratung des Gemeinde-Etat für 1911 endlich zu Ende geführt werden, nachdem die ausstehenden 10 Einzelpläne noch eine lange Debatte entzweit hatten. Wie bei dem Haushaltsplan für 1910 waren die Bauverwaltung und Straßenbahn eine ganze Reihe von Anregungen und Wünschen ergab. Für unsere Fraktion stellte sich die Gesamtübersicht etwa so, daß sie bei der Einzelberatung von 59 Etats und Unteretats die Zustimmung geben konnte, darunter befinden sich z. B. die folgenden:

Armenpflege, Armenhäuser, Krankenhäuser, Stettenhäuser, Gensendshymen, Säuglingsheim, Milchschulen, Schulen, Gewerliche Fortbildungsschule, Handwerkerlehre, Stadttheater, Museum für Kunstgewerbe, Stadtbibliothek, Volksbibliothek, Festschulen, Feuerlöschwesen, Straßenreinigung, Straßenbeleuchtung, Bauverwaltung, Pflasterungen, Kanalkonstruktionswerke, Promenadenverwaltung, Parkwälder, Spielplätze, Brausebäder und Wärmehallen, Friedhöfe, Kammereigentümer, Kieselgüter, Kammereigentümer, städtisches Grundeigentum, Statistisches Amt, Städtischer Hafen, Straßenbahn, Marktwesen, Schlachthof, Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke und Stadtbank.

Abgelehnt wurden in diesem Jahre drei Etats und zwar folgende:

Kasernen- und Fortbildungsschule (wegen Einführung von Schulgeld), Beamtenbesoldungen (weil die Absetzung der Gehälter unseren Ansichten nicht entspricht) und der Etat der indirekten Gemeinde- Steuern (der neben der erwünschten Wertzuwachssteuer, Grundbesitzumschlagsteuer und Militärausgaben auch die Lustbarkeits- und Biersteuer enthält). Schließlich enthielt sich die Fraktion der Abstimmung bei den Etats der Baupolizei und den verschiedenen Einnahmen und Ausgaben. In dem letzteren Etat sind nämlich die der Stadt vom Staats wegen ausgehenden Abgaben für Provinz und Polizei enthalten, während in der Einnahmesäule die Abgaben der privaten Straßenbahnen an die Stadt in Höhe von etwa 500—600.000 Mk. eingestellt sind.

Eine Gesamtübersicht ergab, daß in den Haushaltsplänen sozialpolitische Rückschlüsse an keiner Stelle gemacht waren, wohl aber sind eine Anzahl Fortschritte zu verzeichnen, auch gelang es, an verschiedenen Stellen weitere Erhöhungen der Arbeiterlöhne durchzusetzen. Die Anregungen für den zukünftigen Etat wurden nicht zurückgewiesen, sondern Berücksichtigung zugesagt. Diese Umstände veranlaßte unsere Fraktion, durch Genossen Löbe folgende Erklärung abgeben zu lassen:

Wir haben wie in früheren Jahren dem größten Teil der Einzelstats unsere Zustimmung gegeben und dies während

der diesjährigen Beratung um so lieber getan, als darin verschiedene kleine Fortschritte enthalten sind, die sich auf die sozialpolitische Fürsorge, das Schulwesen, Bäder, Spielplätze, Festschulen und dergleichen beziehen.

Wir müßten bei der Gesamtabstimmung in früheren Jahren unsere Zustimmung zurückhalten, weil ein erheblicher Teil der Einnahmen unserer Kommune aus einer indirekten Verbrauchssteuer, der Schlachthofsteuer, herrührt. Wenn auch der vorliegende Etat noch eine Reihe von Positionen aufweist, gegen die wir uns bei der Einzelberatung wenden, so beruhen dieselben doch zum Teil auf landesgesetzlichen Vorschriften, die sich unserer Zustimmung entziehen, alle übrigen stellen ihrer Zahl und ihrer finanziellen Bedeutung nach gegenüber den Kulturaufgaben der übrigen städtischen Verwaltungen nur eine geringe Rolle.

Zweimal waren wir angewungen, den Etat abzulehnen, weil durch verschiedene gemeindefürderliche Maßnahmen der organisierten Arbeiterklasse die staatsbürgerliche Gleichberechtigung verfehlt wurde.

Im abgelaufenen Jahre haben sich diese Maßnahmen nicht wiederholt, in der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters zur Vergebung der Festschule lag vielmehr die Anerkennung dieser Gleichberechtigung eingeschlossen.

Aus allen diesen Gründen sind wir bereit, dem Haushaltsplan für 1911 unsere Zustimmung zu geben. Wir binden uns damit nicht für die Zukunft, sondern bekräftigen uns vor, die Frage von Jahr zu Jahr zu prüfen, und werden sie stets davon abhängig machen, daß der sozialdemokratischen Arbeiterklasse in allen kommunalen Angelegenheiten diese Gleichberechtigung gewährt wird. Wir geben auch der Hoffnung Ausdruck, daß die Verammlung das große soziale Wert der Arbeiterlohnunterstützung mit uns in Anbetracht nehmen und daß sie die noch immer unbefriedigenden Löhne der städtischen Arbeiter weiter auf ein menschenwürdiges Maß erhöhen wird.

Parteiprinzipielle Bedenken für diese Haltung bestanden natürlich nicht. Die deutsche Sozialdemokratie ist sich darüber einig, daß die Ablehnung und Bewilligung von Gemeindebudgets in Stadt und Land nur abhängig gemacht werden kann von dem jeweiligen Aussehen des Etats. Daß für sie die Gründe der Ablehnung nicht bestehen, die den Reichs- und Landesbudgets gegenüber gelten, dafür haben die Genossen Veibel und Frank aus dem Parteitag in Magdeburg, Kautsky in Nürnberg ausdrückliche Erklärungen abgegeben. Dieser Haltung folgend sind denn unsere Vertreter in hunderten von kleinen und großen Gemeinden schon für einen guten Etat eingetreten.

Mitbestimmend war für unsere Fraktion die Ansicht, bei der bevorstehenden Beratung der Arbeitslosen-Versicherung von vornherein den Vorwand aus dem Wege zu räumen, daß wir die dafür nötigen Mittel nicht bewilligen. Die Fraktion wird zur Ablehnung des Gemeindefats kommen, sobald diese Fürsorge für Arbeitslose unter tatsächlichen Gründen unmöglich gemacht oder unsere Gleichberechtigung irrendwie verfehlt wird. Die gestrige Erklärung wurde an ihrer entscheidenden Stelle mit Beifall angenommen.

Nachdem Stadtv. Dettlinger über die Wärsche an den Ausgaben und die Zusage bei den Einnahmen referiert hatte, die den Etat um etwa 600.000 Mk. verbessern, wurden die Steuern wie folgt festgesetzt: Einkommensteuer 17,2 Prozent, Gewerbesteuer 19,6 Prozent, Grundsteuer 3,8 pro Mille. Die Vermahlung konnte also ziemlich weit unter die Vorschläge des Magistrats herabgezogen, bei den Gemeindesteuern um 8 Prozent.

Ehe der Gesamtetat zur Beratung kam, gab es wie schon erwähnt, rege Debatten. Bei den Pflasterungen machten die Stadtverordneten aus dem Südosten den vergeblichen Versuch, die Pflasterung der Lubenstraße schon in diesem Jahre zu erreichen. Bei der Bauverwaltung brachte Genosse Schütz Klagen darüber vor, daß sich bei den Bauanschlagsarbeiten für die Stadt unnötige Zwischenglieder

zwischen Beamten und Handwerker schieben, die den Schlossermeister die Arbeit wegnehmen und die Arbeitsbedingungen für die Gesellen verschlechtern. Gegenüber den Anworten des Stadtbaurats und des Eisenhändlers Schlich verteidigte Genosse Schütz unter Hinweis des Genossen Philipp nochmals seine Ansicht, von den konservativ-merkantilen Mittelstandsleuten nahm sich keiner der Schlossermeister an, man überließ ihre Verteidigung den Sozialdemokraten.

Beim Straßenbahn-Statiprojekt Stadtv. M. Müller II für den Antrag, die Tarifgrenze für Zehn-pennigfahrt nach Oswig an die Rosenthalerstraße zu legen und trat dann mit längerer Begründung für die Einführung von Arbeiterwochenkarten bei der Straßenbahn ein. Die Magistratsvertreter sagten die Prüfung dieser Frage zu. Sodann brachten die Genossen Müller und Zimmer eine ganze Reihe von Beschwerden vor, die sich auf die lebensgefährliche Einfahrt in die Wagenhalle, auf das Absteigen der Schaffner an den Haltestellen, auf die Behandlung des Personals, die Strafzettel, auf unpraktische Haltestellen und man elhafte Beleuchtung in den Wagen erstreckte. Ueber die Debatte, die sich an diese Anregungen schloß, orientiert der weiter unten stehende Bericht.

Ohne Debatte wurden festgesetzt der Etat des Bauhofes, des Grundeigentums, verschiedener Einnahmen und Ausgaben, der Bauverwaltung und der Stadtbank.

Beim Pflasterungs-Stat beantragte der Stadtv. Jäckel u. a., in den diesjährigen Etat die Pflasterung der Lubenstraße von der Lubenstraße bis zur Poststraße vorzugehen. Gegen eine erhebliche Minderheit wurde der Antrag abgelehnt und der Pflasterungsstat nach den Festsetzungen des Etatsausschusses angenommen.

Beim Etat der Bauverwaltung erinnert Stadtv. Goldschmidt (frei.) an eine Petition der Bürgervereine der inneren Stadt um Anlegung eines Laufweges über den Stadigraben im Zuge der Museumstraße, auf die merkwürdigerweise noch immer keine Antwort vom Magistrat eingegangen sei. — Stadtbaurat Berg erwiderte, daß der Magistrat das Projekt im Auge behalten werde. — Stadtv. Schütz (Soz.) bringt Beschwerden der Schlossermeister bei Vergabung von städtischen Anschlagarbeiten zur Sprache, wonach diese gar nicht mehr berücksichtigt werden. Eine hiesige Eisenhandlung, Jüllborn Nachf., habe das Monopol zu haben, und diese stelle wieder zwischenmeister ein, die absolut keine Garantie für fachgemäße Ausführung bieten. Ebenso werden die Arbeiter dadurch geschädigt. Einmal werden die zwischen den Schlossermeistern und den Gesellen vereinbarten Tarife dadurch umgangen, um aber auch werden für die Zwischenmeister, weil sie als selbständige Arbeiter gelten, keine Beiträge für die Arbeiter-Versicherung gezahlt. Im Interesse der Breslauer Schlossermeister und -Gesellen müsse gefordert werden, daß diese bei Vergabung der Arbeiten berücksichtigt werden. In der weiteren Debatte hielten sich die Stadtverordneten Jüllborn, der mit dem Stadtv. Schütz genannten Firma keine Verbindung hat, der Stadtv. Ehrlich II, der betont, daß von einem Monopol der Firma Jüllborn Nachf. keine Rede sein könne, aber zugeht, daß Ausschüsse vorgekommen sind. Stadtv. Kother wünscht, daß bei Ausschreibungen von Anschlagarbeiten diese als „Schloßarbeiten“ ausgeschrieben werden könnten, dann könnten sich Eisenhandlungen nicht mehr so leicht die Arbeiten sichern. Stadtbaurat Berg betonte, daß von einem Monopol der Firma Jüllborn Nachf. keine Rede sein kann und daß es Grundfatz der Bauverwaltung sei, Arbeiten an Sonntagsmeister zu vergeben, so weit sich das eben tun lasse. Stadtv. Philipp (Soz.): Durch die Vergabung der Arbeiten an die Eisenhandlungen sind die Anschläger und Schlossermeister die Geschädigten. Der Eisenhändler Reichsmann lege zum Beispiel jedem Arbeiter einen Revers zum Unterschreiben vor, wonach er sich als selbständiger Arbeiter zu betrachten hat. Dadurch paart die Firma Reichsmann, wenn sie bei Vergabung von Anschlagarbeiten berücksichtigt wird, die Beiträge für die Kranken- und Unfallversicherung. Diesen Unbelständen abzuhelfen, sei Aufgabe der Bauverwaltung. Hierauf wird der Etat vorläufig festgesetzt.

Zur Volksvorstellung des Sozialdemokratischen Vereins.

„Uriel Koscha“, Trauerspiel von Karl Guskow.

Wenn unsere Freunde am Sonntag diese Tragödie hören und sehen werden, dann sollen sie in Gedanken einem deutschen Dichter Achtung zollen, der ein kampfreiches Leben im Dienste der Geistesfreiheit gelebt hat. Karl Guskow, dessen auch die „Volkswacht“ vor einigen Tagen an seinem hundertsten Geburtstag gedachte, war in der deutschen Literaturgeschichte der erste Dichter des vorigen Jahrhunderts eine führende Persönlichkeit. Vielleicht ist diese Bezeichnung nicht ganz richtig, denn aus dem Vorführer des „Jungen Deutschland“ wurde bald ein Mann, der seinen Weg allein gehen wollte und schließlich auch allein ging. Ja, er wurde ein Vereinerlöser, der mit den gleichgesinnten Freunden von gestern heute in den besten Bekämpfung geriet, der schließlich so weit führte, daß die Freunde von gestern den Dichter wegen seiner geistig vorwärtsdrängenden Tendenz duldung benutzten und ihn ins Gefängnis brachten.

Guskow hat auf dem Gebiet des Dramas und des Romans außerordentlich viel geleistet. Aber nicht alles ist gleich wertvoll, was er geschrieben hat, und das wenigste ist vielleicht von dichterischer poetischer Schwung. Aber was den berühmtesten seiner Werke Bedeutung verleiht, ist der geistige Ernst, die festgesetzte Tendenz seines Schrebens und seines Dichtens. Gegen die Kleinheit und die Gemeinheit unserer bürgerlichen Kultur und ihrer Sitten hat er oftmals die Feder in klammernden Tönen geschlagen und hat seine ganze Intelligenz in den Dienst jeder freien geistigen Regung gestellt. Kein Wunder, wenn er dort überall anstieß, wo man jedes Wortwortschreiben von Kultur und Sitten als ein Verbrechen an den Traditionen der Väter verdammt, und wenn er sich auch die Pfeile des literarischen Kampfes zu Feinde machte. Diese Art seines Kampfes kommt besonders entzweit zum Ausdruck in seinen Zeitromanen, die wie „Die Ritter vom Geist“, „Wally die Zweiflerin“ und „Der Bauer von Rom“, kräftige Aufstellungen sind gegen das übermäßige geistige und gesellschaftliche Verfallsstadium.

Von seinen dramatischen Werken sind nur wenige groß und von bleibender Bedeutung. Aber zu diesen wenigen gehört „Uriel Koscha“. Es ist die Tragödie eines jungen Denkers, der allerdings im historischen Gewand des 17. Jahrhunderts auftritt, aber im Grunde auch der modernen Zeit angehören könnte. Uriel Koscha ist ein Wortführer für die Emanzipation des Substrums, das er herausführen möchte aus der dunklen Enge

teils erzwungener, teils selbst gewählter Zurückgezogenheit. Er sieht sich danach, sein Volk in der freien Luft der bürgerlichen Niederlande aufleben zu sehen und versucht deshalb, den schweren Druck von ihm zu nehmen, den nämlich, den die Orthodoxie, die Insten pfl. die Macht dem Volke ausgeübt hat. Er ist anfangs ein stolzer Held im Bekennen und ist bereit, die Heimat, die Gemeinschaft der Juden zu verlassen, um nicht Vertreter an seiner Hebergung zu werden. Da aber zeigen sich andere Mächte, die sich stärker erweisen, als der wissende, sehende Verstand. Eine Gesellschaft, die besonders bei den Juden stark ausgeprägt ist — die Familienkassen — nimmt den Kampf gegen den Verstand auf. Die Frau und deren Vater, die eigene Mutter und die Brüder sind wie er der Achtung, dem Ruhm preisgegeben, wenn er beharrt bei seiner freien, aufstrebenden Denkart.

Und hier setzt uns der dramatische Konflikt ein, den der Dichter mit gesteigerter Kraft und künstlerischem Ernst zu behandeln versteht. In diesem Kampf um die eigene, gereifte Hebergung und um die Erhaltung der Familienbände steht das letztere. Uriel widersteht seine „Lehrstühle“ Ansichten, um wieder in den Schoß der jüdischen Gemeinschaft aufgenommen zu werden, er bringt dem patriarchalischen jüdischen Familienkassen das große Opfer. Man hat dem Dichter den Vorwurf gemacht, daß deshalb sein Held ein Schwächling ist. Der Guskow hat diese Gestalt mit vollem Bewußtsein so geschaffen; er wollte an ihr beweisen, wie selbst der freieste Geist gefesselt sein kann an menschliche Schwächen oder menschlich-natürliche Gewalten. Wenn Uriel dennoch durch Selbstmord endet, so deshalb, weil er fühlt, daß sein großes Opfer zwar die Liebsten gerechtfertigt, ihn selbst aber erst recht aussehnen hat aus der Gemeinschaft, die seinen Nächsten zwar das höchste ist, ihm aber der Indegriff aller Unzulänglichkeiten erweist. Vor seinem Gewissen kann er den Widerruf nicht vorantworten; er muß zugrunde gehen, weil er zwischen zwei Gewalten zerrieben wird. Nicht den übermenschlichen Kräfte wollte Guskow zeigen, sondern den Menschen, der abhängig ist von dem menschlich-Allgemeinlichen.

Stadt-Theater.

„Fra Diavolo“, Komische Oper in 3 Akten von Auber. **Wahrlich**, man merkt der entzweifelnden Oper ihr respektables Alter von 80 Jahren nicht im geringsten an; ihre Melodien erklängen in unveränderter Annuit und günden mit Sicherheit. Seit dem Weggange Günthig-Brauns ruhte das Werk, weil die Titelpartie nur wenigen deutschen Sängern wieder ge-

janglich, noch darstellerisch erreichbar ist. Und — gestern wie es nur offen — auch Herr Günther-Braun, unser gefeierter Gast, ist nur an einigen Punkten der vilen Ober ein wirklich annehmbarer Fra Diavolo. Eine gewisse Intelligenz läßt ihn wohl auch über die vielen Klippen der Rolle hinwegwagtieren. Am besten gelingt ihm das Duett mit Pamela (Zel. Neich) und die Serenade im 2. Akt; an der eminent schmerzigen großen Szene scheitert auch er. Immerhin bleibt seine Leistung für die moderne Zeit recht ansehnenswert, wenn sie auch an derjenigen eines Nachburs, Niemann oder Wachtel schon deshalb nicht gemessen werden kann, weil diese ein wesentlich kleineres Repertoire haben durften, als ein moderner Tenorist! — Neu besetzt war der Lorenzo mit Herrn Klar Müller und der Bassbandit Giacomo mit Herrn Wittkopff. Fräulein Wolter, sowie die Herren Schauer und Martini waren, wie früher, ausgezeichnet am Plage. Das ausverkaufte Haus wurde nicht müde, seinen Beibling immer wieder vor die Kampe zu rufen. Herr Tissot dirigierte; das Orchester spielte außerordentlich duntig, war aber nicht immer sehr nachgiebig. H. M.

Aus aller Welt.

Was in einem Krankenhaus geschehen kann. Der Selbstmord eines operierten Kranken beifastigte in der Nacht zum Donnerstag die Verwaltung der königlichen Universitätsklinik in Berlin und die dortige Polizei. Gegen 1 1/2 Uhr Morgens gemachten mehrere Arbeiter, die den Schlüsslerlag an der Spree entlang gingen, in den Fluten die Leiche eines unbekleideten Mannes. Der Tote, der um die Hüfte einen starken Gagerband trug, wurde nach dem Schauplatz geschafft und das Polizeirevier von dem Funde benachrichtigt. Sofort wurden Ärzte nach der Morgue entsandt, die feststellten, daß der Verstorbene erst kurz vorher eine schwere Darmoperation durchgemacht, vermisst werde. Gegen Morgen meldete sich die Verwaltung der königlichen Universitätsklinik, die mitteilte, daß aus ebendort Pavillon der 48-jährige Buchbinder Vater verschwunden sei. Vater befand sich in der Klinik bereits seit vierzehn Tagen und war Anfang dieser Woche wegen eines schweren, Krebsartigen Darmleidens operiert worden. Der Kranke stand große Schmerzen aus und bildete sich ein, daß er von seinem Leiden nicht befreit werden könne. In der Nacht

Die der schlechtesten für Mittel- und Südeuropa. Durch die intensiven Nordwinde, die durch die Depressions über der Ostsee...

Für die folgenden Tage verspricht Dr. Defant bei Aufhellung noch weiteren Temperaturrückgang, der auch tatsächlich eingetreten ist...

Zur Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Der Stadtverordneten-Versammlung liegt, wie wir bereits mitgeteilt haben, ein Magistrats-Antrag vor, die Bestimmungen über die Sonntagsruhe für die Kohlen- und Blumengeschäfte abzuändern...

Wir beantragen hiermit an § 105b der Gewerbeordnung:

- 1. Einführung der völligen Sonntagsruhe für das gesamte Handelsgewerbe vom 1. Januar 1912 an.
2. Als Uebergangsvorsicht bis 31. Dezember 1911 die Verkaufszeit von 8 bis 9 Uhr Vormittag festzusetzen.

Dieser Antrag, der also die völlige Sonntagsruhe erstrebt, deckt sich mit einem Antrage, der vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Geschäftlichen und vom Transportarbeiter-Verband gestellt worden ist...

Da sich das laufende Publikum mehr und mehr an die verkürzte Verkaufszeit an Sonntagen gewöhnt hat und zum größten Teil den Bedarf an den Wochentagen deckt, so dürfte auch die Einführung der völligen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe auf keinerlei Schwierigkeiten stoßen...

Die zu erwartende Landkundschaft ist nachweislich sehr gering, da auch diese meistens an Wochentagen ihre Einkäufe beibringt.

Die im Handelsgewerbe leider noch übliche, sehr lange Arbeitszeit macht eine vollständige Sonntagsruhe dringend notwendig.

In einer großen Anzahl deutscher Städte ist auch die völlige Sonntagsruhe schon seit längerer Zeit eingeführt. Laufende von Angestellten fordern seit Jahren, ebenso wie andere Menschen, nur sechs Tage zu arbeiten und am siebenten zu ruhen...

Wir können uns diesen Ausführungen nur anschließen. Zu bemerken ist noch, daß auch andere Handlungsgehilfen-Verbände und Arbeitgeber-Vereinigungen Forderungen zur Sonntagsruhe beantragt haben...

§ Schluß der Ausstellung über den Alkoholschmutz.

Die am 8. März vom hiesigen Bezirksverein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke veranstaltete Anti-Alkohol-Ausstellung wurde nach vierwöchiger Bestehen am 5. d. Mts. geschlossen. Die Ausstellung ist eine sogenannte Wanderausstellung...

Bei diesen Zahlen steht zu hoffen, daß die Ausstellung wesentlich dazu beitragen wird, den Mißbrauch geistiger Getränke einzudämmen, indem sie seine Schädlichkeit in das öffentliche Bewußtsein gerückt hat.

Während der Dauer der Ausstellung haben alle hiesigen Zeitungen regelmäßig für gutes Geld Inserate veröffentlicht, in denen der Alkoholschmutz verberichtet wurde...

Die königliche Gewerbeinspektion Breslau-Ost ersucht uns, folgende Bekanntmachung über die in ihren Büreaux üblichen Sprechstunden aufzunehmen. Die Amtsräume befinden sich jetzt Lehmhamm Nr. 73, 1. Stg.; Fernsprechnummer 10586.

Der königliche Gewerbeinspektor Kaufmann. Gräbisch und Umgegend. Sonntag, den 2. April, Vormittags 10 Uhr findet bei Knoll im Gerichtssticham eine Versammlung zur Gründung eines Arbeiter-Vereins statt.

unangenehme Affäre zur Aufführung. Beide Stücke sind mit der bekannten ungarischen Nationaltruppe reichlich zubereitet, scheinen aber sonst dem größten Teile der Besucher zu gefallen...

Ein Kind aus der Straße gestorben. Am Mittwoch Abend ist auf der Schweidnitzerstraße der 11jährige Schulknabe Jahn, der mit Zeitungsaustragen beschäftigt war, an der Dorotheenkirche tödlich verunglückt.

Die Leiche des Magistratsdiäters Kirchhoff, der beim ebnen Werke der Lebensrettung ertrunken ist, ist immer noch nicht gefunden. Von Sonntag an haben Mannschaften der Feuerwehr täglich in der Oder zwischen Sandbrücke und den Mühlenschleusen an den Werbermühlen nach der Leiche Kirchhoffs gesucht...

Schwerer Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge. Am Mittwochabend nach 9 1/2 Uhr fuhr ein vom Ring kommender Zug der Breslauer Straßenbahn-Gesellschaft auf dem Königsplatz gegen den Motorwagen eines Zuges der Städtischen Straßenbahn so heftig an, daß dieser schwer beschädigt wurde und drei Personen Verletzungen erlitten.

Schwerer Straßeneinbruch. Ein 10jähriger Schüler, der am 5. d. M. auf dem Trebnitzerplatz hinter einem Rollwagen einherging, wurde von einer von diesem herabfallenden Kiste am Bein getroffen und erlitt einen Unterschenkelbruch.

Einbruch in ein Fabrikkontor. In die Kontorräume der Vereinten Zigarrenfabriken Strehlenersstraße 10 sind Diebe in der Nacht zu Freitag eingedrungen, trotzdem ein eigener Wächter der Fabrik allmählich einen Rundgang durch die Anlagen macht und eine Kontrolleur stellt.

Fahrrad Diebstahl. In den letzten Tagen wurden folgende vier neue Fahrräder gestohlen: Autag Nr. 191181, Orkan, Treva, (am Rahmen ein Wetz gezeichnet), Opel und Autag. § Diebstahl. Von einem Handwagen, der vor einigen Tagen kurze Zeit unbeaufsichtigt vor dem Grundstück Lärchenstraße 19 stand, wurde ein Wallen gestohlen, der etwa 5 Meter schwarzen Damennamastoff, 11 Meter Seide und weitere Zutaten enthielt.

Taschendiebstahl. Auf dem hiesigen Hauptbahnhof wurde vor einigen Tagen einem Herrn ein silbernes Zylinderrohr Nr. 78.186 gestohlen.

Gefunden wurden ein braunes Portemonnaie mit Inhalt, ein Fafel enthaltend Kämme, ein silberner Weingipfel und mehrere silberne Damenuhren.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Ohan 7. April. Selbstmord. Am Donnerstag Nachmittag erhängte sich im Keller die in der Rabergasse wohnhafte Frau des Metzgermeisters Veltner, deren Mann in einer Irrenanstalt untergebracht ist.

Einreise in Hg., 6. April. Terrorismus. Welche Angst die hiesigen Anhänger der konservativen Partei vor der sozialdemokratischen Aufräumarbeit haben, beweist folgender Brief eines Sozialisten:

Geehrter Herr! Da es mir zu Ohren gekommen ist, daß Sie Ihr Lokal der sozialdemokratischen Partei zur Verfügung stellen, mache ich Sie auf meine Pyrothek aufmerksam. Sollten Sie der sozialdemokratischen Partei Ihre Lokalitäten weiter überlassen, so gilt dieser Brief als Kündigung.

Kohlen- und Fouragegeschäft in Krummhübel a. Bahnhof. Da in altem Terrorismus. Aber wir Arbeiter werden an den schönen Tagen, die jetzt kommen, zeigen, daß wir es an fleißiger Agitationsarbeit nicht fehlen lassen, auch wenn man uns die Lokale absperrig macht.

Neueste Nachrichten.

Der Termin der Reichstagswahlen.

Berlin, 7. April. Die „Post“ meldet: Die bestirmt verkündet, hat sich der zuständige Ausschuss des Bundesrates einstimmig für die Anberaumung der Reichstagswahlen schon im Oktober ausgesprochen. Damit wäre die Verfassung des Reichstages hinsichtlich, und eine ganze Reihe von Vorfragen können nicht mehr erledigt werden.

Russische Duma-Arbeit. Petersburg, 7. April. Die Reichsduma hat von der Vorlage über die Gemeindeverwaltung der Kreise angenommen, nach dem Juden wider an Gemeindevorstellungen teilnehmen, noch zu Gemeindevorordnen gemächt werden können.

Petersburg, 7. April. Der Reichsrat hatte gestern einen interessanten Tag. Zur Beratung stand nämlich die geschäftsordnungsmäßige Behandlung der Interpellation gegen die rechtswidrige Anwendung des Artikels 87 der Verfassung, mittels deren der Ministerpräsident Stolypin die vom Reichsrat abgelehnte Einführung der Semitoo-Verfassung in den westlichen Provinzen während der Verfassung in den westlichen Provinzen während der Verfassung in Kraft gesetzt hat.

Große Kälte in Spanien. Madrid, 7. April. Auch in Spanien herrscht jetzt eine ungewöhnlich große Kälte. Schwere Schneefälle sind eingetreten, die zum Teil bereits an verschiedenen Stellen die Verkehrsverbindungen ganz empfindlich stören und sicher noch zu weiteren bedeutenden Störungen führen dürften.

Auch das Militär wählt! Sibabon, 7. April. Der Staatsanzeiger veröffentlichte gestern einige wichtige Zusätze zum Wahlgesetz, nach denen auch aktiven Mannschaften des Heeres und der Marine, so weit sie des Lesens und Schreibens kundig sind, das Wahlrecht erhalten. Durch diese Zugeständnisse trachtet man einerseits die herrschende Mißstimmung zu beseitigen, andererseits eine genügende Anzahl Wähler zu bekommen.

„Prinzeß Irene“ gestrandet! New York, 7. April. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd mit 1000 Passagieren an Bord, ist auf seiner Fahrt nach New York gestrandet. Er befindet sich nicht in gefährlicher Lage und man erwartet, daß er bei Eintritt der Flut wieder flott werden wird.

Versammlungen und Vereine.

- Gewerkschaftshaus. Freitag, den 7. April: Gewerkschaftsarbeit.
Sonabend, den 8. April: Leberarbeiter.
Vertrauensmänner der Maschinenhändler.
Buchhändler-Verband.
Freireligiöse Gemeinde.
Völkischer.
Kupfer-Schmiede.
Turner.
Fleischerleger.
Löffel- und Gabelarbeiter.

Arbeiter-Sänger-Vereinigung. Abends 8 Uhr sechswöchentliche Probe im großen Saale.

Sozialdemokratischer Verein Breslau. Abends 8 Uhr sechswöchentliche Probe im großen Saale.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Freitag, den 7. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Freitag, den 7. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Freitag, den 7. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Freitag, den 7. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Freitag, den 7. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Freitag, den 7. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Freitag, den 7. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Freitag, den 7. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Freitag, den 7. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Freitag, den 7. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Freitag, den 7. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Freitag, den 7. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Freitag, den 7. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Freitag, den 7. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Freitag, den 7. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Freitag, den 7. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer.

Advertisement for 'Trauringe' (Wedding Rings) by Alfred Horzog, Jeweller, Breslau. Includes a small image of a ring and contact information.

2. Beilage zu Nr. 84 der „Volkswacht“.

Sonnabend, den 8. April 1911.

Herrnhaus.

8. Sitzung. Donnerstag, den 6. April, 1 Uhr.

Am Ministerisch: v. Dallwitz, v. Breitenbach, v. Schorlemer, v. Troitz u. Holz, Penke u. a.
Zweiter Tag der Staatsberatung.

Der Forstetat.

Graf Mirbach verlangt eine klare gesetzliche Bestimmung, daß der Kauf eines Jagdgrundstückes den Jagdpachtvertrag nicht bricht.

Fürst Galin spricht im Interesse der westlichen Provinzen sich dagegen aus.

Minister v. Schorlemer behält sich nähere Ausführungen über diese Frage für die Kommission vor. Es schweben Verhandlungen mit dem Justizminister und die Oberpräsidenten sind zu Neuprüfungen aufgefordert.

v. Alting: Ebenso wichtig wie die Moorkultur ist die Aufzucht der Heubändereien. Der Landwirtschaftsminister sollte hierfür gegen seinen Finanzkollegen vorgehen, daß er ihm das in den Forsten einmal investierte Kapital wieder zur Aufzucht zur Verfügung stellt.

Oberstaatssekretär Schner verweist auf die 1900 getroffene Vereinbarung, daß der Verkaufserlös bei Domänen und Forsten wieder zu neuen Ankäufen verwendet werden soll, daß aber ein Fünftel des in den fünf vorangegangenen Jahren für den Verkauf von Domänen und Forsten eingenommenen Betrages vorweg in die Staatskasse fließen soll. Dabei muß es bleiben. Der Wald ist nur im Besitz des Staates, der Kommissar v. Hildebrandt vor Untergang geschützt. Man muß sonst über die Hildebrandts noch so sehr räsonnieren, sie tragen zur Erhaltung des heimatlischen Waldes ganz erheblich bei. (Leb. Beifall.)

Graf Mirbach: Die Zuzugssteuer hängt damit sehr zusammen. Die Bauartigkeit wird zweifellos darunter leiden und das muß eine ungünstige Einwirkung auf die Entwicklung der Holzpreise haben. Meine Freunde Graf Schwerin-König und Graf Ranitz haben im Reichstag gegen die Zuzugssteuer gestimmt.

Der Eisenbahnetat.

Generalfeldmarschall Graf Pfäfers dankt im Namen tausender von Kriegsveteranen für die Gewährung von Fahrpreisermäßigungen nach den Schlachtfeldern von 1870/71.

Vergat Remb: Der oberösterreichischen Kohlenindustrie sollten Ausnahmetarife eingeräumt werden, um ihr den Berliner Markt mehr zu erschließen. Der Redner sucht die Benachteiligung des oberösterreichischen Bergbaues gegenüber dem an der Ruhr nachzuweisen.

Graf von Tiele-Winckler: Das fortgesetzte Vordringen englischer Kohle auf dem deutschen Markt ist nicht zu unterschätzen.

Eisenbahnminister v. Breitenbach: Die oberösterreichische Gas- und Elektrizität ist tatsächlich durch englische in Berlin verdrängt worden. Nun stehen aber die Interessen der oberösterreichischen Montan-Industrie denen der Schiffahrt gegenüber. Gemäß der Meinung des Staatseisenbahnrats habe ich mich schweren Herzens gegen die Wünsche Oberösterreichs entschieden, weil die Schädigung der Schiffahrt größer gewesen wäre, als der Nutzen für Oberösterreich. Im ganzen genommen hat Oberösterreich nicht verloren. Dagegen ist der Absatz im Osten und in Oesterreich zurückgegangen, weil die Oesterreicher ihre eigene Kohle verwenden. Da die wirtschaftliche Depression in Oesterreich weicht, beginnt sich der oberösterreichische Absatz zu heben.

Oberbürgermeister Dr. Ackermann-Stettin bittet den Minister, an seiner Haltung festzuhalten, da die Schiffahrt und die Häfen daran interessiert sind.

Graf v. Reichensachsen-Goschütz wünscht Preisermäßigung für die Schülerfahrkarten.

Graf Mirbach bittet den Minister für bessere Versorgung der Eisenbahner Sorge zu tragen und verlangt Verbilligung der Volkstarife.

Baudirektor v. Schwirmer: Wir sind in günstiger wirtschaftlicher Konjunktur. Wir sparen wohl etwas so sehr bei Erhaltung und Ausbau unserer Bahnen. Ich warne davor, zuviel in den Ausgleichsfonds zu geben, sonst wird wieder Geld vom Landtag in Anspruch genommen werden müssen. Ein großer Teil der Staatsbahnen ist noch nicht mit der modernen schweren Schiene belegt. Besser ein paar Kilometer Schienen kaufen, als warten, bis uns die Hochkonjunktur über dem Kopf zusammenschlägt. Der Markt ist durchaus kräftig genug, um Anteile aufzunehmen. Sparamer sollten wir sein bei Monumentalbauten. Ein Bachsteinbau kann ebenso schön sein, wie ein Monumentalbau in Haussteinen, kostet aber bedeutend weniger. (Sehr richtig!) Die Dienstwohnungen der Beamten sind viel zu groß. Geben wir ihnen lieber eine Entschädigung, damit sie sich eine ihnen passende Wohnung nehmen können. (Zustimmung.)

Minister v. Breitenbach: Eine unangemessene Sparmaßnahme haben wir niemals beobachtet. Wir haben stets die Grundzüge einer gesunden Wirtschaftspolitik im Auge gehabt. Mit der Vermehrung unserer Fahrparks sind wir allen Anforderungen des Verkehrs gerecht geworden. Eine Vermehrung über den Bedarf hinaus würde außer erheblichen Mehrkosten geradezu Verkehrsstörungen zur Folge haben. Bei der Reparatur von Bahnhöfen wird kaum viel gespart werden können. Eine sparsame Lebensführung der Eisenbahndirektionspräsidenten würde ich für verfehlt halten, weil sie repräsentieren müssen. Natürlich ist kein übertriebener Luxus und weise Zurückhaltung nötig. (Beifall.)

Professor Stillebrand-Breslau beklammert eine Vertiktion des Magistrats Breslau, der Handelskammer Breslau, der Handelskammer Hirschberg und verschiedener Vereine, die eine

schärfere Verbindung zwischen Breslau und Hirschberg wünschen. Für viele Breslauer sei die Frage von außerordentlicher Bedeutung. Es läme darauf an, daß wirkliche Schnellzüge eingelegt würden. Die jetzigen verdienen diesen Namen nicht, weil sie an zehnmal auf der Strecke hielten. Ich würde dem Minister dankbar sein, wenn er die wohlwollende Erklärung, die er in der Kommission gegeben hat, auch im Plenum wiederholte, damit sie in weiteren Kreisen Schiefens bekannt werde. Es muß eine wirkliche Befestigung der jetzigen Nebenlinien durch eine Abführung der Strecke angestrebt werden.

Minister v. Breitenbach: Den Wünschen werde ich in weitestem Umfang entgegenkommen. Vom Juni dieses Jahres ab wird in jeder Richtung ein Schnellzug abfahren, der auf keiner Station hält und von Breslau bis Hirschberg durchfährt. Am Sonntag werden wiederum zwei Sonderzüge eingelegt, die ebenfalls alle Stationen durchfahren, wodurch die großräumige Bedienung von Breslau schnellere Belegbarkeit hat, und Gebirge zu kommen.

Der Etat der Bauverwaltung.

Oberbürgermeister Dr. Ackermann-Stettin weist auf die Schädigungen hin, die dem Stettiner Hafen durch die Verlehnungsabgabe für den Schiffahrtsweg Swinemünde-Stettin zugefügt werden.

Graf v. Sells-Wehrenhoff schließt sich diesen Ausführungen an, Preußen solle alles tun, damit sein größter Hafen Stettin konkurrenzfähig bleibt.

Minister v. Breitenbach: Der Verkehr Stettins ist in den letzten zehn Jahren um 40 Prozent gestiegen. Der Großschiffahrtsweg Swinemünde-Stettin wird sich als sehr segensreich für Stettin erweisen.

Der Kultusetat.

Graf York: Die Erregung über die Vorkonsums-Engpässe und ihre Folgeerscheinungen war berechtigt. Wenn behauptet wird, daß der Modernisteneid nur eine Einschränkung und Verdrängung alter katholischer Auffassungen bedeute, so kann man auch anderer Meinung sein. Der Redner versucht eine eingehende theologisch-philosophische Würdigung dieser Frage.

Eine privilegierte Kirchengesellschaft darf nicht einseitig in der Abänderung des Staatskirchenrechts vorgehen. Erst neuerdings ist es dahin gekommen, daß der Klerus sich immer mehr von der übrigen Nation abschließt und ihrem Empfinden entzweit. Das motu proprio mit dem Modernisteneid muß die Frage entstehen lassen, ob die katholischen Fakultäten sich werden halten lassen. Das würde sehr bedauerlich sein. Aber es muß zu einer so speziellen Ausbildung führen, daß sie mehr zu einer Umkehrung wird. Was die Oberlehrer anlangt, so ist es bei der geringen Anzahl eine mehr theoretische Frage, aber ich halte es nicht für richtig, daß evangelische Kinder von Herren in deutscher Sprache unterrichtet werden, die den ergriffenen römischen Standpunkt in sich aufgenommen haben. Der Modernisteneid ist eine neue Belastungsprobe. Diese Politik des römischen Tiefs fortgesetzt, muß zu einer

Trennung von Staat und Kirche

führen. Ich bin außerordentlich überrascht, daß die evangelische Weltlichkeit so sehr im Hintergrund steht. Wäre man in Rom deutschen Geist, deutsche Verhältnisse, deutsches Gefühl verstehen lernen, damit Umheil dem Vaterlande erspart werde. (Stärk. Beifall.)

Herr v. Paulammer beantragt Vertagung der Sitzung. Kardinal Kopp erklärt, daß er mindestens eine Stunde antworten möchte.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 11 Uhr.

19. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands.

Leipzig, den 3. April 1911.

Erster Verhandlungstag, Nachmittags-Sitzung.

Die sachlich geführte Debatte über die Berichte der Verbandseinheiten war nur kurz. Die wesentlichen Redner beschäftigten sich vornehmlich mit der vorjährigen Bauarbeiterausführung. Es waren in erster Linie Srodzig-Breslau und Radzuhn-Bremen, die Kritik an den Geschehnissen übten. Srodzig betonte die starke Unzufriedenheit der Breslauer mit ihrem Tarifabschluß vom 1908, besonders aber mit der vorläufigen Bewegung. Er betrat die Ansicht, daß es beim Abschluß der Verhandlungen den Mitgliedern an Mitbestimmungsrecht mangelte. Schmidt-Breslau trat dieser Meinung scharf entgegen. Nach Radzuhn-Bremen war mit der vorläufigen Bewegung sehr unzufrieden. Das Erregende stehe in keinem Verhältnis zu der toucherischen Steigerung der Lebenshaltung. Ferner sei zu erörtern, ob nicht eine Forderung der Unterhaltungsbedingungen am Plage sei, und die dadurch gewonnenen Summen für Kampfszwecke einzusetzen. Ferner wird gewünscht, daß die Hauptblätter nicht mehr für das ganze Reich gedruckt werden, sondern mehr auf die örtlichen Verhältnisse zugeschnitten werden. — Im Schlusswort hob Schröder die Vorteile hervor, die bekandere in Säben und Apen zum Beispiel durch die 1/2-stündige Arbeitszeit entstanden sind. Vorteile, denen allerdings Nachteile an anderen Orten entgegenstehen. Da der Kampf aber durch Spruch der Generalversammlung beendet sei, sei jede Partei doppelt verpflichtet, das Wort des Schiedsgerichts anzuerkennen. Nach einigen Schlussworten des Kasslers wird dem Vorstände einstimmig Entlassung erteilt.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission nehmen 120 Delegierte, Vorstand und Gauleiter, sowie Vertreter aus Dänemark, Oesterreich und Ungarn teil. Die Generalkommission wird durch Kuhn-Berlin vertreten. Die Debatte über das Organ „Der Zimmerer“ nimmt längere Zeit in Anspruch und zehlt verheißene Änderungsanträge, über die jedoch später beraten und beschlossen werden soll. Der Redaktion wird Entlassung erteilt.

Leipzig, den 4. April 1911.

Zweiter Verhandlungstag.

Zunächst referiert Redakteur Bringmann über „Die Stellung des Verbandes zu den Tarifverträgen“. Die beschränken uns nur auf die Übergabe des kämpflichste Inhalts. Danach empfiehlt Vorstand und Ausschuss die Annahme folgender Erklärung: „Die 19. Generalversammlung erneuert die Beschlüsse, wonach den örtlichen Organisationsvereinen uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht über Inhalt, Annahme oder Ablehnung der Tarifverträge zusteht. Allen Vereinen, die die Tarifverträge zu zentralisieren, ist der schärfste Widerstand entgegenzusetzen. Will der Verband die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Berufskollegen, gemäß den sozialen Verhältnissen, verbessern, dann muß er an der alten, bewährten Taktik festhalten.“

Der Tarifvertrag soll Arbeitsläufe möglichst verbinden und trotzdem die Wahrung und Verbesserung der beruflichen wirtschaftlichen Lage der Arbeiter betreiben. Das organisierte Unternehmertum im Baugewerbe ist dagegen bestrebt, aus dem Tarifvertrag ein Instrument zur Anbahnung der auswärts strebenden Bauarbeiter zu machen. Das präventive Vertragsmuster im Jahre 1910 legte Zeugnis von den Absichten der Baugewerkschaften ab, und so lange die Schatzkammer dieser Art in den Reihen der Arbeitgeber nicht aufhört, so lange können auch die Zimmerer ihre Tarifvertragspolitik nicht ändern. — Bürgerliche Sozialreformer betrachten den Buchdruckertarif und den Garantiertarif, der zwischen dem Deutschen Buchdrucker-Verband und dem Verband der Deutschen Buchdrucker gilt, als ein Ideal, wodurch der Frieden bewahrt wird. Redner gibt der Meinung Ausdruck, daß, wenn solche Einrichtungen auch für das Baugewerbe getroffen würden, der wirtschaftliche Aufstieg der Bauarbeiter ganz zum Stillstand oder doch mindestens ungenügend verlangsamt werde. Für uns sind die Einrichtungen im Buchdruckergewerbe nicht empfehlenswert. Wir können uns nicht darauf einlassen, Forderungen aus mit Rücksicht auf die verteuerten Lebensbedingungen zu stellen, der Produktionsbeitrag muß nach wie vor ebenfalls für uns ein maßgebender Faktor sein. Im Baugewerbe müßten Einrichtungen, wie sie die Buchdrucker haben, das Grab allen Fortschritts bedeuten. Die Arbeitgeber wollen aber auch gerüstet ein Tarifverhältnis, wie es im Buchdruckergewerbe besteht, ihr Ideal ist bloßmehr die einseitige Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer. Im Jahre 1908 hatten sie noch die Absicht, den Einfluß der Zentralorganisation auszuhebeln und den Arbeitgeberbund für das Baugewerbe allein maßgebend zu machen. Als diese Absicht fehlgeschlagen ist, berufen sie sich mit den Zentralverbänden der Gewerkschaften zu schließen. Diese sollen die verantwortlichen und fähigen Kontrahenten sein. Die Konsequenzen solcher Tarifverträge braucht man nicht groß anzunehmen, allen Verhandlungen, die darauf hingelen, muß schärfster Widerstand entgegenzusetzen werden. Es ist den Baugewerkschaften im Baugewerbe nun zwar nicht gelungen, die Zentralorgani-

tionen im Jahre 1908, nach die örtlichen Organisationen im Jahre 1910 von den Verhandlungen auszuschließen, nach ihre übrigen Pläne, Schadenersatzlagen usw., durchzuführen, aber sie können damit rechnen, daß sie im Jahre 1913 wieder aufs neue beratige Versuche unternehmen werden. Bei ihnen handelt es sich um die Frage: Wie können wir die Macht der Gewerkschaften zügeln und fesseln?

Ein scharfes Festlegen auf eine bestimmte Zukunftssituation hält der Redner nicht für empfehlenswert; es genüge, die Zentralorganisation zu verpflichten, alle in Bestrebungen, die Tarifverträge zu zentralisieren, den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

Die Debatte wird von Srodzig-Breslau eröffnet. Redner tritt für die Annahme ein, die Urabstimmung bei großen Tarifabschlüssen oder Aufhebung von Streiks und Aussperrungen fordern. Die Breslauer Kollegen sind Fremde von tariflichen Vereinbarungen, sie wollen aber die Entscheidung in die Hände der Mitglieder gelegt sehen.

Eine ganze Anzahl Redner, so Janßen-Düsseldorf, Schröder-Darmstadt, Kaczumarcz-Duisburg u. a., führen die Gründe an für die Opposition der vielen größeren Städte gegen den vorjährigen Schiedspruch, welche die Redner nach Lage der Verhältnisse erklärlich finden. Zur Tariffrage sagt Janßen-Düsseldorf, daß das Unternehmertum unter dem Mantel der Tarifvertragspolitik nichts weiter als noch die Gewaltpolitik betreiben will. Früher haben im Rheinland die tariflichen Instanzen unter der Leitung des Geheimrats Wiebelsch noch einigermaßen im Sinne der Arbeiter funktioniert, nach dem Weggehen dieses Herrn sind sie ebenfalls nur Mittel der unternehmerischen Gewaltpolitik geworden. — Krennler-Frankfurt unterschreibt die Ausführungen Bringmanns; diese schaffen vor allen Dingen Klarheit über das Wohin der Tarifbewegung, sowie darüber, daß Tarifverträge nachfragen sind. Vereinst, so durch Ostwald-Stuttgart und Klotz-Berlin, taucht auch die Meinung auf, daß man dem Reichstags doch nicht entgegen werde. — Die Debatte wird durch Schwanke beendet. Nachdem Bringmann noch einige passende Schlussfolgerungen gemacht, erfolgt die einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die 19. Generalversammlung erneuert die früheren Beschlüsse, wonach den örtlichen Organisationsvereinen uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht über Inhalt, Annahme oder Ablehnung der Tarifverträge zusteht. Allen Vereinen, die die Tarifverträge zu zentralisieren, ist der schärfste Widerstand entgegenzusetzen.“

Den Bericht vom außerordentlichen Gewerkschaftskongress abfa Knüpper-Berlin. Eine Debatte darüber findet nicht statt und wird die Sitzung auf Mittwoch vertagt.

Leipzig, 5. April 1911.

Dritter Verhandlungstag.

Die Verhandlungen beginnen mit dem Referat des zweiten Vorsitzenden Eck über die Frage: „Wie rufen wir uns weiter allgemeinen Aussperrungen gegenüber?“

Redner betont, daß man sich seiner Aufgaben betreffs des Arbeitgeberbundes hingegenüber bewußt, was ihm bisher nicht gelang, die Bauarbeiterbewegung zu schwächen, das wird er im Jahre 1913 aufs neue versuchen. Der Kampf wird auf breiterer Grundlage geführt werden; das Kampffeld wird größer und der Arbeitgeberbund wird alles daran setzen, das was er 1910 nicht erreichen konnte durchzuführen. Der Einfluß des Zentralverbandes der Industriellen wird mitwirken und dadurch wird der Kampf ein harter werden. Der Arbeitgeberbund rüstet zu diesem geplanten Kampf auf allen Seiten; dies muß uns anspornen, in größtmöglicher Weise unsere Kräfte zu sammeln, unsere Macht zu stärken. — Agitation muß in der ausgiebigsten Weise betrieben und Kapital angeammelt werden. Es müssen Mittel parat stehen, damit die Familien der im Kampf befindlichen Kollegen nicht Not leiden. Diese notwendigen Summen können nicht aus den laufenden Einnahmen aufgebracht werden; wir können aber auch nicht bis 1913 warten, um dazu Stellung zu nehmen. Dies muß vielmehr auf der diesmaligen Generalversammlung geschehen.

Die Aussperrung im Jahre 1910 verursachte dem Verband eine Ausgabe von 1.700.000 Mark, bei der nächsten können wir uns auf eine Ausgabe von 3 Millionen Mark gefaßt machen. Der Beschluß, eine Extrasteuern zu erheben, wird unumvermeidlich sein, dessen Höhe sich nach der Verdiensthöhe richten muß. Als Grundlage sind die Beiträge zu nehmen, die 1910 jeder in Arbeit stehender Kamerad entrichtet hat. Wenn in beiden Jahren 1911 und 1912 jeder Kamerad sich diese Extrabeträge auferlegt, dann sind wir gerüstet, und können den kommenden Dingen mit Siegeszuversicht entgegen sehen. (Lebhafter Beifall.)

Ueber den bedeutungsvollen Vorschlag des Referenten setzt eine lange und eindrucksvolle Diskussion ein, wobei alle die Hälfte der Redner die Notwendigkeit der Verbesserung der Finanzen anerkennen, doch schwere Bedenken gegen den Vorschlag geltend machen. Schaller-Warmberg warnte, den Mitgliedern zu viel zuzumuten; man solle lieber die regelmäßigen Beiträge um 5 resp. 10 Pfg. erhöhen, dies sei leichter durchzuführen als Extrabeträge. Völlig richtig könne auch die Beitragspflichtige Zeit von 40 auf 45 Wochen verlängert werden. Fürs-Singhorn, will auch Vorrecht gelbt sehen, er wolle, daß sogar während des Kampfes nicht alle Mitglieder die Extrasteuern zahlen. Redner macht dem Vorschlag, eine nicht zu hohe Extrasteuern durch Ausschlag auf die Beitragsmarken zu erheben. Witt-Berlin hegt die Befürchtung, daß eine starke Bewegung der Mitglieder gegen den weitgehenden Vorschlag des Referenten einsetzen werde. Die Beitragsfrage müsse mit der allergrößten Sorgfalt gehandelt und so gelöst werden, daß das geschlossene Zusammenhalten der Mittel, kurz die Einigkeit des Gesamtverbandes keinen Schaden leidet. — Bedenken ähnlicher Art werden auch von Gröb-Braunschweig, Radzuhn-Bremen, Ketzardt-Düsseldorf, Jung-Warmen und anderen vorgebracht. Sie sind alle von der Notwendigkeit der höchsten Anspannung aller Kräfte sehr überzeugt, aber sie warnen vor einer so hohen Besteuerung, die die Kräfte der Mitglieder übersteigt. Gegen eine Beitragserhöhung plädierte keiner der Redner. Zur weiteren Beratung dieser Materie wird eine Kommission gewählt und die Sitzung auf Donnerstag vertagt.

Arbeiterbewegung.

Wenn zwei daselbe tun. Beim Eisenbahner in Thorn im November v. J. wurde der Gauleiter des Verbandes Genosse Schwandke vom Polizeibeamten Behnlow geblöckelt. Schwandke wurde, als er nach dem Vorgelassen des Polizeibeamten fragte, verhaftet. In dem gegen ihn eingeleiteten Strafverfahren wegen Erregung einer Unruhe wurde er freigesprochen. Gegen den beleidigten Polizeibeamten stellte Schwandke Strafantrag, der jedoch von der Staatsanwaltschaft wegen Mangel eines öffentlichen Interesses abgelehnt wurde. In der darauffolgt angehängten Privatklage wurde der Polizeibeamte vom Landgericht in Thorn mit 6 Mk. Geldstrafe oder einem Tag Haft bestraft. Dem Klage wurde die einstimmige Publikation des Urteils auf Kosten des Beklagten zugesagt.

Der Polizeibeamte bekam für die erwiesene Verletzung gegen den Genossen Schwandke 6 Mk. Strafe, Schwandke aber, der einen Arbeitswilligen Bump genannt haben soll, wurde dem zu 7 Tagen Gefängnis verurteilt.

Die Tarifbewegung im Schweißner Baugewerbe ist beendet. Am Mittwoch Nachmittag fand eine gemeinsame Konferenz zwischen den Vertretern der Arbeiter und Unternehmer statt. Hierbei wurde eine Verständigung über die bestehenden Differenzen bezüglich der Arbeitszeit und der Stundenlöhne erzielt. Der Stundenlohn der Maurer- und Zimmerergesellen erhöht sich im ersten Jahre um 3 Pfennige, der sofort zur Auszahlung gelangt. Im zweiten Jahre tritt eine weitere Erhöhung um 3 Pfennige pro Stunde ein. Die damit erzielte Lohn-erhöhung beträgt 15 bis 20 Prozent. Für die Bauhilfsarbeiter erhöht sich der Stundenlohn von 21 Pfennig pro Stunde auf 26 bis 28 Pfennig im ersten Jahre und von 28 auf 31 Pfennig im zweiten Jahre. Ueberstunden werden unter gewissen Voraussetzungen mit 5 Pfennig Zuschlag pro Stunde vergütet. Die Vereinbarungen treten sofort in Kraft. Damit dürfte die Bewegung im hiesigen Baugewerbe als beendet zu betrachten sein, denn es steht zu erwarten, daß die Arbeiter die Vereinbarungen annehmen. Der Erfolg ist den freien Gewerkschaften zu buchen.

Lohnbewegung der Steinseher. In Posen befinden sich seit Sonnabend die Steinseher im Ausstand. — In Glatz ist die Firma Tschamann als gesperrt erklärt worden, weil sie den neuen Tarif nicht anerkennen will. Zugang ist nach beiden Städten ferngehakt.

Lohnbewegung der Steinseher in Posen. In Posen fielen die Steinseher bei Ablauf des alten Tarifs Forderungen, die hauptsächlich eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden, Erhöhung des Minimallohnes für Steinseher von 70 auf 75 Pfg. für Junggelehen von 55 auf 60 Pfg., für Hammer von 50 auf 55 Pfg. enthielten. Die Unternehmer antworteten darauf nicht. Als die Unternehmer dann erfuhren, daß die Arbeiter am 1. Mai die Arbeit einstellen wollten, drangen sie selbst auf Verhandlungen. Es wurde zum ersten Male ein vierjähriger Tarif abgeschlossen, der im wesentlichen die Forderungen der Arbeiter erfüllt.

Lohnbewegungen in der Steinindustrie. Im Stein- arbeiterverband geht es auf dem Gebiete der Lohnbewegungen lebhaft zu. Es konnten Tarife abgeschlossen werden in Dresden (Marmorarbeiter), Marienleuthen (Granitsteinhauer), Hildesheim (Sandsteinarbeiter), Erfurt (Marmorarbeiter), Leipzig und Weimar (Granitsteinhauer).

Der Streik der Granitarbeiter in Reichenbach (Sachsen) dauert nun schon 12 Wochen. Der Steinarbeiterverband stellte sich auf die Weisung der Firma: Deutsche Steinwerke verpflichten, daß in den kommenden zwei Jahren die Hilfsarbeiter Lohnforderungen nicht stellen dürfen. Die schlecht entlohnerten Arbeiter sollten weiter geknebelt werden.

Im Deutscher Gebirge wurden 200 Sandstein- arbeiter ausständig. Die Arbeiter wollten eine kleine Lohnzu- lage, die Unternehmer lehnten das ab.

Die Granitarbeiter in Pilgramsreuth haben wegen ungenügender Lohnzulage die Arbeit niedergelegt.

In Kiel wurde den Arbeitern in den Monumentalfabriken von den Unternehmern ein zwar umfangreicher, aber mit schlechten Lohnzulagen angelegter Tarif vorgelegt. Die Arbeiter beschloßen, den Streik zu proklamieren.

Die Lithographen und Steinrunder in Solingen hatten an die Unternehmer Forderungen eingereicht. Die Unternehmer verweigerten die Sache zu verhandeln. Darauf kündigten die Ge- heilten ihre Stellung. Jetzt verhandeln sich die Unternehmer zu Verhandlungen und zum Abschluß eines Tarifvertrages. Als effektive wöchentliche Arbeitszeit wurde für Steinrunder 52 Stunden, für Lithographen 47 Stunden festgesetzt. Sonnabends ist um 4 Uhr Feierabend. Weiter wurden die Zuschläge für Ueberzeitarbeit geregelt und Mindestlöhne festgesetzt. Der Arbeitsnachweis der Gehilfen soll nach Möglichkeit benutzt werden, auch soll dem Zuzug der Gehilfen nach Bewilligung von freien möglichst Rechnung getragen werden. Der Tarif gilt auf drei Jahre.

Streik im Gärtnereigewerbe. Der am 27. März in Dresden beendete Streik in der Landhofs- und Gärtnereigewerbe ist nach nur achtstägiger Dauer mit vollem Erfolg beendet worden. Die Unternehmer haben die aufgestellten Forderungen, 50 Pfg. Stundenlohn für Gehilfen, 45 Pfg. für Arbeiter, bewilligt. Es arbeiten jetzt 138 Gehilfen und 67 Arbeiter, zusammen 205 Mann, zu den tarifmäßigen Bedingungen. Die Unternehmer fielen

ihre alten Leute wieder ein. Einige von der Bewegung unerfaßt gebliebene Firmen werden gesperrt. — In der Gartenstadt Plettau bei Dresden kam es am 8. April bei einer Firma zum Ausstand. Nach einjähriger Dauer wurde eine Lohnzulage von 5 Pfg. pro Stunde vereinbart.

In Stuttgart hat die Unternehmervereinigung sich, ebenso wie in Dresden, auf Unterhandlungen nicht eingelassen. Infolge dessen stellten am 2. April die in der Landhofs- und Gärtnereigewerbe Beschäftigten die Arbeit ein, 160 an der Zahl. Mit der größten Firma am Orte, P. v. S. u. S. wurde ein auf 2 Jahre laufender Tarifvertrag abgeschlossen, der für dieses Jahr 18 Pfg. Stundenlohn vorsieht, von nächstem Jahre ab 50 Pfg. Das ist volle Anerkennung der erhobenen Forderungen. Die Firma beschäftigt 40-60 Mann, meist außerhalb auf Neuanlagen.

In Groß-Berlin, wo die Handelsgärtnereigewerbe in einer Lohnbewegung stehen und seit dem 8. April gekündigt worden ist, kam es am 2. April bereits in der größten Firma (H. Köpcke in Köpenick) zu Differenzen, und da hier Kündigung ausgesprochen wurde, so sofortiger Arbeitsniederlegung.

Lohnbewegung auf der Schiffbau- und Schiffbau in Danzig. Die Arbeiter der Schiffbau- und Schiffbau in Danzig sind in eine Lohnbewegung eingetreten. In einer überfüllten Versammlung, die am Mittwoch, den 3. April, im Bildungshause zu Danzig stattfand, formulierten die Arbeiter nach einem eingehenden Referat des Bezirksleiters Kobelack ihre Forderungen. Die Arbeiter der Schiffbau- und Schiffbau in Danzig sind die einzigen in ganz Deutschland, die an den Erzeugnissen der Arbeiterbewegung im Jahre 1910 keinen Anzeig haben. Ihre Arbeitsverhältnisse sind erheblich schlechter als die auf den übrigen Werften. Die Forderungen sind: Verkürzung der Arbeitszeit, Mindestlöhne, Regelung der Ueberarbeit, Zuschlag für Ueberstunden, Lohnzahlung am Freitag. In der Bewegung beteiligten sich die freien Gewerkschaften, der Gewerksverein (G.-V.), die christliche Gewerkschaft und die technische Berufsvereinigungen.

Klein-gewerkschaftliche Nachrichten. Die Gleis- arbeiter in Wien haben Lohnforderungen gestellt und beschloßen, falls diese nicht bewilligt werden, nach Wien in den Streik zu treten. — Wegen Nichtbewilligung einer Feuerungszulage hat das gesamte Personal der Zuckerei in Serajewo (Bosnien) mit der passiven Resistenz eingeleitet. Die Zeitung kam nur mit einer Zeileite erscheinen.

Aus Oberhiesien.

Natibor. 7. April. Ueber die beiden Schüler- leichnamde am Verlesungstage, die wir kurz gemeldet, berichtet der Oberst. Anz. nach folgendes: In der Wohnung seiner Eltern hat sich der 15-jährige Oberleutnant des Königl. Dragoners, Guber, Sohn des Direktors der Königl. Infanterie, erhängt. Der Vater ließ den Leichnam und die Leiche den Anaben los, alle seine Ueberbleibseln wurden aber erfolglos. Der 15-jährige Oberleutnant Guber, Sohn des Oberleutnants Guber, hat sich in der Nacht zum Sonntag in der Wohnung der Eltern, die er mit den Schulkameraden nach Empfang der Konfession im Schlafzimmer verließ. Er ging aber nicht, wie die anderen Schüler, beim Frühstück, sondern besah sich in der Hof- und Hofe von hier nochmals in das Schlafzimmer zurück, in dem sich niemand mehr befand. Wie einen Keinen Taschenrechner, wie es leider vielfach als Spielzeug benutzt wird, hob er sich eine Nadel in die rechte Tasche und brach sofort bewußtlos zusammen. Die in der Nacht nach anwesenden Lehrer stellten auf den Knall herbei und bemüht sich um den schwerverletzten Schüler. Man hielt den Vater und den in der Nähe wohnenden Arzt Dr. Böhm, der ihn brachte, daß die Verletzung tödlich war, und ordnete die Ueberführung des Schülers in das städtische Krankenhaus an. Der Kranenwagen wurde geholt, der junge Mann starb aber den Verlesungen, die ihn in den Wagen haben, nur den Händen.

Seiner Leiche es sich auch hier wieder einmal, wie in so vielen Fällen, um herbeizuführen, daß die beiden jungen Mädchen aus Dresden vor Strafe der heftigsten Strafe gerettet haben. Und gerade angesichts dieser beiden Schicksalsfälle muß die Frage aufgeworfen werden, ob es denn wirklich ein so großes Unglück ist, wenn ein Schüler einmal über Nacht in dem Hinterzimmer stirbt, ohne daß man eine Strafe, wie die meisten Leute glauben, sondern dem Schüler soll eine größere Sicher- heit gegeben werden, denn die ein Verbrechen unmöglich ist. Was aber die Ueberführung eines Schülers zu einer Frage der Strafe der Eltern gemacht wird, und das geschieht in den meisten Fällen, kann sich nicht von den Befragtenwerten Vor- kommen, wie es ist in Dresden, ertragen haben, nicht frei- gesprochen. Daraus an der Zeit ist es, mit solchen unger-

nünftigen Ansichten endlich einmal Schluss zu machen. Sch- mancher zurückgebliebene Schüler ist in seinem späteren Leben ein ebenso brauchbarer Mensch geworden, als wie diejenigen denen das Glück der Verlesung immer blühte.

Oppeln. 7. April. Was Arbeiter nicht tu- sollen. Mittwoch Abend hat auf der Oberstraße nach einer Vorverlesung der Maurer F. Kotulla aus Rothaus den Schmied Liborzi von hier mit einer Wasserma- den Schüssel über der Schläfe aufgespalten. Die Verlesung wurde nach dem Krankenhaus überführt und der Ueber- läter festgenommen. Die Verlesung ist schwer, aber nicht lebens- gefährlich.

Reife. 7. April. Stadtverordneten-Sitzung. Aus dem Verwaltungsbereich von 1910 ist hervorzuheben, daß die Bauarbeiten sehr minimal war. Nur 13 Neubauten wurden ausgeführt. Der Vorsitzende gab Kenntnis von einem Besuch der städtischen Beamten, in welchem die Bitte um eine entsprechende Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses aus- gesprochen wird. Begründet wurde das Gesuch mit dem in Reife üblichen teuren Miete. Die Versammlung genehmigte einstimmig die im Etat festgesetzte Gesamtausgabe von 777.492 Mk. und die Gesamteinnahme von 306.781 Mk. Der Fehlbetrag von 470.711 Mk. soll durch folgenden Steuern gedeckt werden: 175 Prozent Zuschläge zur Staats- kommunsteuer (15 Prozent mehr als im Vorjahr), 200 Prozent zur Gebäude-, Grund- und Gemeindefsteuer (18 Prozent mehr und 100 Prozent zur Betriebssteuer.

Reife. 7. April. Folgen eines Wirtshaus- streites. Das Schwurgericht verhandelte am Mittwoch gegen den Tagelöhner Gustav Adolf aus Weißbach (Ostpr.-Schlesien) wegen Totschlags, begangen an dem Arbeiter Dönisch von Glimmerau. Der Angeklagte ist schon vielfach (darunter mit Zuchthaus) vorbestraft. Nach eingehender Schilderung des Sachverhaltes betonte sich der Angeklagte als schuldig. Unter anderem erklärte er, daß er mit Dönisch im Ritterischen Lotte in Streit geraten sei. Nachdem sie sich wieder geeinigt hatten, lud Dönisch den Adolf ein, mit in seine Wohnung zu gehen. Darauf will der Angeklagte das Lotte verlassen haben und Dönisch sei ihm folgend gefolgt. Auf dem Feldwege nach Glimmerau sei es erneut zu Streitigkeiten gekommen, die damit endeten, daß Adolf den Dönisch mit dem Stocke mehrere Schläge gab, bis Dönisch ihm bat: Brüderte laß mich jetzt in Ruhe; hör' auf zu schlagen. Dönisch wurden 18 Zeugen und einige Sachverständigen deren Gutachten dahin ging, daß der Tod nicht direkt durch die Verlesungen, sondern durch verschiedene Nebenumstände erfolgt sei. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage auf 8/9, verurteilten ihn mit nachfolgendem Tode. Das Gericht verurteilte daraufhin den Angeklagten gemäß dem Antrage des Staats- anwalts zu acht Jahren Zuchthaus. Erwährend in den Angeklagten waren die vielen Vorstrafen und der Umstand, daß durch seine Tat eine Frau mit sieben Kindern den Ernährer verlor.

Neustadt OS. 7. April. Die Lohnbewegung in der Firma Weichla dauert unverändert fort. Einige arbeitwillige Elemente haben sich eingefunden und leisten Streik- brecherdienste. Auch versucht man ihn und wieder die Streikenden zu provozieren. Die Neustädter Arbeiterchaft wird erachtet, die kämpfenden Lederarbeiter zu unterstützen. Keine darf ihnen in den Rücken fallen. Hoch die Solidarität!

Seuchen. 7. April. Das Opfer des Schieß- prügels. Der Hadergeleite G., der, wie berichtet, versehentlich einen Revolver angefaßt und sich darauf selbst eine Kugel in den Kopf gejagt hat, ist im städtischen Krankenhaus, ohne die Befinnung wieder erlangt zu haben, in der Nacht zum Dienstag verstorben. Der angelegene Lehrling ist wieder her- gestellt und wurde aus dem Krankenhaus entlassen.

Seuchen. 8. April. Wegen Rheinids wurde ver- handelt gegen die 24 Jahre alte Dienstmagd Anna Maria aus Madzionau. Sie war am 18. Januar d. J. vor dem Schöffengericht in Larnowau in einem Verlesungsprozess gegen die Grabenarbeiter Frau Slotte als Zeugin vernommen worden und stellte sich in Abrede, daß sie mitgeschimpft habe. Das Gegen- teil wurde ihr aber bald nachgewiesen. Die Verhandlung vor dem Schwurgericht fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete auf 1 1/2 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust.

Kattowitz. 7. April. Zur Amtsrichter Siebesche Mordeffäre ist zu berichten, daß der Gemeindefreibe- Ynganski aus Deutsch-Jerich von der Staatsanwaltschaft nunmehr außer Verlesung gesetzt worden ist. Er wurde bekanntlich feinerzeit als der Tat verdächtig in Untersuchungshaft genommen, wäter aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Die einseitige Einstellung des Verfahrens gegen Ynganski erfolgt jetzt, weil an seiner Unschuld nicht mehr zu zweifeln ist.

Gottesberg! Gottesberg!
Habe einen Kleiderstoffe sehr preiswert gekauft und öffentl. in großen Posten und öffentl.:

Serie I:	80 cm breit, Meter früher bis 1.50 Mk.	jetzt nur Meter	60 P.
Serie II:	80 cm breit, Meter früher bis 1.20 Mk.	jetzt nur Meter	45 P.
Serie III:	80 cm breit, Meter früher bis 0.80 Mk.	jetzt nur Meter	30 P.

Auswahl gross. — Preise fest und ohne Marken.
Um gütigen Zuspruch bittet 1509

Oskar Kelbass, Friedrichstraße 1

Schuhe sind billig
wenn sie haltbar im Oberleder und fest im Sohlenmaterial sind;
elegant,
wenn sie ihre gute Fassung wie neu auch nach langem Gebrauch behalten.
Gediegene Schuhe aller Art
kaufen Sie vorteilhaft bei
Hermann Huhnd, Gerlichbude am Neumarkt.
Inhaber der
Mein Lager ist 100mal grösser als meine kleine Verkaufsbude und auch mit den elegantesten Schuhen sortiert, die an der Bude nicht ausgestellt werden können.

Größte Auswahl in
Damen- u. Mädchen-Hüten
Billigste Preise. — Modernisierungen schnellstens.
Thea Goerke, Fuß-Geschäft,
Friedrich-Wilhelmstraße 36, Ecke Dessauerstraße

Musikhaus Albert Josko, Breslau, Friedrich- Wilhelmsstrasse 91
betreibt Musikinstrumente aller Art billig und reich nach auf
Teilzahlung.
Grammophon- und Zophonplatten!!!
Abgespielte, noch unbenutzte Platten werden in Zahlung genommen.
Reparaturen schnell und billig.

Deutsch-Lissa!
1888
Kanthaus Brauer
Breslauerstrasse 19.
Sämtliche Bedarfsartikel.
Größte Auswahl. — Billigste Preise.
Eröffnung: Sonnabend, den 8. April

Geschäftsverlegung.
Infolge bedeutender Vergrößerung meines Geschäfts haben sich meine jetzigen Geschäftsräume als unzureichend erwiesen, und bin daher gezwungen, mein
1894
Möbel- u. Warenhaus
mit vornehmer Creditbewilligung anderweitig zu verlegen, und befindet sich dieses
ab 1. Juli d. J. nur
L. 30 Friedrich-Wilhelmstr. 30 L. 61.
Um Transportkosten zu sparen, veranstalte ich in meinen jetzigen Lokalitäten
Friedrich-Karlstr. 2, 1. Stg., Friedr.-Wilhelmstr.
bis zum 1. Juli d. J. einen
Groß-Räumungsverkauf
von
Möbeln und Waren
zu bedeutend ermäßigten Preisen, gegen Bar und auf
Teilzahlung.
Schnelle Abzahlung. — Auf ohne Abzahlung.
M. Eisinger.

Original-Phönix-
Nähmaschinen
für Schreie- u. Handarbeit sind die besten der Gegenwart, zum Näh- wachen besonders geeignet. — Anger- denen empfehlen wir alle anderen Systeme, auch in Spezialmaschinen.
Jul. Dressler & Co.
Breslau, Ring 6.
Schnelle Reparaturen aller Art für alle Systeme.

Jeder Schritt ein Vergnügen!
wenn Sie eine haltbare haltbare
Fuss-Bekleidung
Marke Saxonia
tragen.
1888
Max Stache, Dt.-Lissa
Breslauer Strasse 12.

Trinkt Sinalco Beuthen O.-S.

Erfrischend 3mal wöchentlich.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Fleischereien.

Bäckereien. Wiffo Hugo, Bielarschstraße 11. Brauereien. Vereins-Brauerei A.-G. Kurz, Weiss und Wollwaren. Cohn, F., Inh.: M. Warski.

Weibner Gartenlokal, Stabeck. Wilschel Anton, Breslauerstraße 3. Eisen- und Feinmechanik. Kluge, Paul, Breslauerstraße 27.

Galanterie- u. Spielwaren. Engel, Richard, Ring. Müller, Julius, Ringstraße.

Herrn- und Damenkonfektion. Uiber, D., Westbergstr. 23. Herren-Knaben-Garderobe. Herberich, H., Ring 40.

Galanterie- und Spielwaren. O'Brien, Rich., Nachstr. 29c. Herren-Knaben-Garderobe. Busch & Busch, O. B., Westbergstr. 21.

Spezialgeschäft für Fahrräder. Reinwald, Gustav, Neumarkt. Restaurateure. Freudenberger, S., Bahnhof zum gelb. Eisen.

Brieg

Klose, Friedr.

Ango Krauer

Kochmann, S.

Kattowitz

Oels/Hundsfield

Lebensmittel-Konsum. Böhm, G., Kirchstraße u. Kreuzstraße. Arbeiter-Konfektion. Neumann, H., Apfelstr. 1.

Fleischeri und Wurstfabrik. Becker, Gustav, Breslauerstraße 17. Hühner, Emil, Breslauerstraße 21.

Kaufhäuser. Herrmann, H., Ring 1. Kleider- und Schuhwaren. Schumann, Ernst, Demplag 13, I.

Sollen, Parfümerien. Rummel, Rudolf, Goldbergerstr. 26. Schuhwaren u. Schuhmacher. Burger, Schulstr. 10.

Hüte, Mützen. Gohle, D., Mittelstr. 81. Herren-Knaben-Garderobe. Anders, Ida, Neue Breslauerstraße 4.

Fleischeri und Wurstfabrik. Zanger, Paul, Brauhausgasse 1. Herren- u. Damen-Garderobe. Kiedorff, J.

Bierbrauereien. Geleger Stadtbrauerei A. G. Bürgerliches Brauhaus, C. G. u. F. F.

Haus- und Küchengeräte. Weiss, P., Breslauerstr. 10. Kaufhaus. Kaufhaus Brauer, Breslauerstraße 19.

Kolonialwaren. Pfeiffer, A., Ring 1. Photographisches Atelier. Speck, H., Wilhelmstr. 2.

Schuhwaren u. Schuhmacher. Ester, Paul, Grumbachstraße 21. Waren- und Kaufhäuser. Barock, Gebr., Grumbachstraße 9.

Hüte, Mützen. Gohle, D., Mittelstr. 81. Herren-Knaben-Garderobe. Anders, Ida, Neue Breslauerstraße 4.

Buchdruckerei u. Papierwaren. Wöcker, P., Sülzstr. Nr. 1. Herren-Garderobe. Scholz, Paul, Carl, Hundsfeld, Ring.

Herren- u. Knaben-Garderobe. Kubert, Franz. Stobbe, Georg, Ring 31.

Haus- und Küchengeräte. Weiss, P., Breslauerstr. 10. Kaufhaus. Kaufhaus Brauer, Breslauerstraße 19.

Kolonialwaren. Pfeiffer, A., Ring 1. Photographisches Atelier. Speck, H., Wilhelmstr. 2.

Schuhwaren u. Schuhmacher. Ester, Paul, Grumbachstraße 21. Waren- und Kaufhäuser. Barock, Gebr., Grumbachstraße 9.

Hüte, Mützen. Gohle, D., Mittelstr. 81. Herren-Knaben-Garderobe. Anders, Ida, Neue Breslauerstraße 4.

Buchdruckerei u. Papierwaren. Wöcker, P., Sülzstr. Nr. 1. Herren-Garderobe. Scholz, Paul, Carl, Hundsfeld, Ring.

Freiburg

Schrabeck, E.

Hirschberger Brauhaus

Königshütte O.-S.

Liegnitz

Qualkau

Bäckereien und Konditoreien. Fuderslein, Bruno. Dammer, P., Gartenstraße 13.

Haus- und Küchengeräte. Weiss, P., Breslauerstr. 10. Kaufhaus. Kaufhaus Brauer, Breslauerstraße 19.

Kolonialwaren. Pfeiffer, A., Ring 1. Photographisches Atelier. Speck, H., Wilhelmstr. 2.

Schuhwaren u. Schuhmacher. Ester, Paul, Grumbachstraße 21. Waren- und Kaufhäuser. Barock, Gebr., Grumbachstraße 9.

Hüte, Mützen. Gohle, D., Mittelstr. 81. Herren-Knaben-Garderobe. Anders, Ida, Neue Breslauerstraße 4.

Buchdruckerei u. Papierwaren. Wöcker, P., Sülzstr. Nr. 1. Herren-Garderobe. Scholz, Paul, Carl, Hundsfeld, Ring.

Bach, Arth. Kinnast-Graph. Kolonialwaren u. Lebensmittel. Wittke, Carl, Sülzstraße 23.

Haus- und Küchengeräte. Weiss, P., Breslauerstr. 10. Kaufhaus. Kaufhaus Brauer, Breslauerstraße 19.

Kolonialwaren. Pfeiffer, A., Ring 1. Photographisches Atelier. Speck, H., Wilhelmstr. 2.

Schuhwaren u. Schuhmacher. Ester, Paul, Grumbachstraße 21. Waren- und Kaufhäuser. Barock, Gebr., Grumbachstraße 9.

Hüte, Mützen. Gohle, D., Mittelstr. 81. Herren-Knaben-Garderobe. Anders, Ida, Neue Breslauerstraße 4.

Buchdruckerei u. Papierwaren. Wöcker, P., Sülzstr. Nr. 1. Herren-Garderobe. Scholz, Paul, Carl, Hundsfeld, Ring.

Brennereien und Bierbrauereien. Geleger Stadtbrauerei A. G. Bürgerliches Brauhaus, C. G. u. F. F.

Haus- und Küchengeräte. Weiss, P., Breslauerstr. 10. Kaufhaus. Kaufhaus Brauer, Breslauerstraße 19.

Kolonialwaren. Pfeiffer, A., Ring 1. Photographisches Atelier. Speck, H., Wilhelmstr. 2.

Schuhwaren u. Schuhmacher. Ester, Paul, Grumbachstraße 21. Waren- und Kaufhäuser. Barock, Gebr., Grumbachstraße 9.

Hüte, Mützen. Gohle, D., Mittelstr. 81. Herren-Knaben-Garderobe. Anders, Ida, Neue Breslauerstraße 4.

Buchdruckerei u. Papierwaren. Wöcker, P., Sülzstr. Nr. 1. Herren-Garderobe. Scholz, Paul, Carl, Hundsfeld, Ring.

Bunzlau. Fleischereien. Matthäi, César, Ringstraße 11.

Haus- und Küchengeräte. Weiss, P., Breslauerstr. 10. Kaufhaus. Kaufhaus Brauer, Breslauerstraße 19.

Kolonialwaren. Pfeiffer, A., Ring 1. Photographisches Atelier. Speck, H., Wilhelmstr. 2.

Schuhwaren u. Schuhmacher. Ester, Paul, Grumbachstraße 21. Waren- und Kaufhäuser. Barock, Gebr., Grumbachstraße 9.

Hüte, Mützen. Gohle, D., Mittelstr. 81. Herren-Knaben-Garderobe. Anders, Ida, Neue Breslauerstraße 4.

Buchdruckerei u. Papierwaren. Wöcker, P., Sülzstr. Nr. 1. Herren-Garderobe. Scholz, Paul, Carl, Hundsfeld, Ring.

Breuer, Joh. Herren-Knaben-Garderobe. Scholz, Paul, Carl, Hundsfeld, Ring.

Haus- und Küchengeräte. Weiss, P., Breslauerstr. 10. Kaufhaus. Kaufhaus Brauer, Breslauerstraße 19.

Kolonialwaren. Pfeiffer, A., Ring 1. Photographisches Atelier. Speck, H., Wilhelmstr. 2.

Schuhwaren u. Schuhmacher. Ester, Paul, Grumbachstraße 21. Waren- und Kaufhäuser. Barock, Gebr., Grumbachstraße 9.

Hüte, Mützen. Gohle, D., Mittelstr. 81. Herren-Knaben-Garderobe. Anders, Ida, Neue Breslauerstraße 4.

Buchdruckerei u. Papierwaren. Wöcker, P., Sülzstr. Nr. 1. Herren-Garderobe. Scholz, Paul, Carl, Hundsfeld, Ring.

Milde, Mützen, Pelzwaren. Kaufhaus Weiss, Markt 32.

Haus- und Küchengeräte. Weiss, P., Breslauerstr. 10. Kaufhaus. Kaufhaus Brauer, Breslauerstraße 19.

Kolonialwaren. Pfeiffer, A., Ring 1. Photographisches Atelier. Speck, H., Wilhelmstr. 2.

Schuhwaren u. Schuhmacher. Ester, Paul, Grumbachstraße 21. Waren- und Kaufhäuser. Barock, Gebr., Grumbachstraße 9.

Hüte, Mützen. Gohle, D., Mittelstr. 81. Herren-Knaben-Garderobe. Anders, Ida, Neue Breslauerstraße 4.

Buchdruckerei u. Papierwaren. Wöcker, P., Sülzstr. Nr. 1. Herren-Garderobe. Scholz, Paul, Carl, Hundsfeld, Ring.

Oric, Slaz-Nähmaschine, Sprechapp. Kraus, G., Kistenstraße (Blatten).

Haus- und Küchengeräte. Weiss, P., Breslauerstr. 10. Kaufhaus. Kaufhaus Brauer, Breslauerstraße 19.

Kolonialwaren. Pfeiffer, A., Ring 1. Photographisches Atelier. Speck, H., Wilhelmstr. 2.

Schuhwaren u. Schuhmacher. Ester, Paul, Grumbachstraße 21. Waren- und Kaufhäuser. Barock, Gebr., Grumbachstraße 9.

Hüte, Mützen. Gohle, D., Mittelstr. 81. Herren-Knaben-Garderobe. Anders, Ida, Neue Breslauerstraße 4.

Buchdruckerei u. Papierwaren. Wöcker, P., Sülzstr. Nr. 1. Herren-Garderobe. Scholz, Paul, Carl, Hundsfeld, Ring.

Cosel. Bäckereien. Fleischerien und Wurstfabriken. Ditsch, Lissa, Stabelwitz.

Haus- und Küchengeräte. Weiss, P., Breslauerstr. 10. Kaufhaus. Kaufhaus Brauer, Breslauerstraße 19.

Kolonialwaren. Pfeiffer, A., Ring 1. Photographisches Atelier. Speck, H., Wilhelmstr. 2.

Schuhwaren u. Schuhmacher. Ester, Paul, Grumbachstraße 21. Waren- und Kaufhäuser. Barock, Gebr., Grumbachstraße 9.

Hüte, Mützen. Gohle, D., Mittelstr. 81. Herren-Knaben-Garderobe. Anders, Ida, Neue Breslauerstraße 4.

Buchdruckerei u. Papierwaren. Wöcker, P., Sülzstr. Nr. 1. Herren-Garderobe. Scholz, Paul, Carl, Hundsfeld, Ring.

Bäckereien. Fleischereien und Wurstfabriken. Ditsch, Lissa, Stabelwitz.

Haus- und Küchengeräte. Weiss, P., Breslauerstr. 10. Kaufhaus. Kaufhaus Brauer, Breslauerstraße 19.

Kolonialwaren. Pfeiffer, A., Ring 1. Photographisches Atelier. Speck, H., Wilhelmstr. 2.

Schuhwaren u. Schuhmacher. Ester, Paul, Grumbachstraße 21. Waren- und Kaufhäuser. Barock, Gebr., Grumbachstraße 9.

Hüte, Mützen. Gohle, D., Mittelstr. 81. Herren-Knaben-Garderobe. Anders, Ida, Neue Breslauerstraße 4.

Buchdruckerei u. Papierwaren. Wöcker, P., Sülzstr. Nr. 1. Herren-Garderobe. Scholz, Paul, Carl, Hundsfeld, Ring.

